

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 14, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Ende 20 M. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Insertionsgebühren: Beträgt für die einseitige Colonnette ober deren Raum 25 Pfennige, für Verlags- und Besammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Aufträge für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 143.

Donnerabend, den 23. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Vor der eigenen Türe kehren!

Vom amerikanischen Fleischtruff werden plötzlich Enthüllungen gemacht, die das Publikum mit Ekel vor der Ware dieses Truffs erfüllen müssen. In einer Chicagoer Schlächtereier stelen zwei Menschen in den Schmalzkeffel, gingen darin zugrunde, aber man hüte sich, den Inhalt des Schmalzkeffels, in dem die beiden Leute umgekommen waren, wegzuworfen, sondern verarbeitete das betreffende Schmalz zu verkaufsfertiger Ware. Dieses Vorkommnis, das freilich von den Leitern des Truff noch energisch bejammert wurde, bildete den Anlaß zu weiteren Enthüllungen über die zum Teil ekelregenden Zustände in den Etablissements des Fleischtruffs. Daß das Vorkommnis sehr wahrscheinlich ist, das geht aus verschiedenen Umständen hervor. Einmal fehlen in den großen Schmalzkeffeln alle Sicherheitsvorrichtungen: die Öffnungen der Kessel sind am Niveau des Bodens, die Behälter sind mit Dampf, der eine Temperatur von 240 Grad Fahrenheit hat, gefüllt, und es bedarf daher nur weniger Minuten, um das Fett vom Fleisch zu lösen. Die Möglichkeit eines Unglücks liegt daher sehr nahe, umso mehr, als auch sehr viel unbefugte Personen Zutritt zu den Etablissements erhalten. Dann aber ist tatsächlich schon ein ähnlicher Fall in New-York im Jahre 1898 passiert: ein Knabe, der seinem an einem Schmalzkeffel beschäftigten Vater alltäglich das Essen brachte, kam dem Kessel zu nahe, fiel hinein und kam darin um. Der Vater, der infolge dieses Unglücks trübsinnig wurde, kam kurze Zeit darauf — wahrscheinlich aus selbstmörderischer Absicht — auf die nämliche Weise um. Auch damals wurde der Kessel nicht etwa entleert, geputzt und das Schmalz, in dem die beiden Personen ausgekocht waren, weggeworfen, sondern das Schmalz wurde ruhig wie alles andere Schmalz weiterbehandelt, kam auf den Markt und dann in den Konsum. Daß man über alle diese Enthüllungen in hohem Maße entrüstet ist, ist leicht zu begreifen. Fraglich ist nur, ob die Entrüstung auch nachhaltig ist und nicht eher zur Ruhe kommt, bis Garantien geschaffen sind, die solche Vorkommnisse ein für allemal ausschließen. Gerade einem Truff gegenüber sind solche Garantien leichter zu schaffen, als dort, wo eine Anzahl zerplitterter Betriebe die Aufsicht und Kontrolle jedes einzelnen Betriebes unmöglich machen. So schlimm die Zustände in den Betrieben des amerikanischen Fleischtruffs auch sein mögen, wir in Deutschland haben keine Ursache, so zu tun, als ob in Deutschland in den Nahrungsmittelgewerben alles aufs beste bestellt wäre. Gewiß, so tolle Fälle, wie wir sie eben jetzt aus Chicago hören, sind bei uns in Deutschland ausgeschlossen. Dafür können aber in der Masse unserer kleinen Betriebe Dinge genug vor, die dem Publikum den Appetit nehmen können.

Dafür herrschen bei uns auch Zustände, die ekelregend im höchsten Grade sind. Im Gegensatz zu Amerika sind es bei uns vielfach die Gehilfenorganisationen, die diese Mißstände zur Sprache bringen. In Amerika unterrichten die Gehilfen das Publikum nicht, angeblich weil sie die Entlassung fürchten, und weil der Mann, der für geringen Lohn arbeitet, sich nicht um die Zuträglichkeit dessen kümmern könne, was er herfertigt. In Deutschland stehen die Arbeiter glücklicherweise auf einem wesentlich anderen Standpunkte, und daher ist die Öffentlichkeit auch weit besser über die Zustände und Vorkommnisse in Bäckereien, Schlächtereien usw. unterrichtet. Auch bei uns in Deutschland kommen aber, wie gesagt, in den Nahrungsmittel-Gewerben gleichfalls Dinge vor, die äußerst unappetitlich sind. Daß z. B. beim Biertruff eine verunglückte Kake mitgeköcht wird, soll vorkommen, ebenso daß dann dieses Bier ruhig auf den Markt gebracht und getrunken wird. Solch vereinzelt Vorkommnisse sind aber auch nicht einmal besonders schlimm. Viel schlimmer sind die ekelregenden Zustände und die Betriebsweise in vielen Bäckereien und Schlächtereien. Darüber werden bei uns von Zeit zu Zeit immer wieder Enthüllungen gemacht, ohne daß bis jetzt eine durchgreifende Besserung erzielt wäre. Eine solche durchzuführen, ist in Deutschland auch viel schwieriger als z. B. in Amerika. Wir haben eine Unmasse kleiner und kleinster Betriebe, für die eine besondere sachmännische Kontrolle zu bestellen, einfach unmöglich ist. Je geringer dagegen die Zahl der Betriebe ist, in denen Nahrungsmittel für den Konsum zubereitet werden, desto leichter und billiger ist die Aufsicht. Nicht die Entwicklung zum Truff begünstigt das Aufkommen ekelregender Zustände und Vorkommnisse, sondern gerade sie schafft die Möglichkeit, solche Zustände möglichst zu beseitigen und fernzuhalten. Und wenn in den vereinigten Staaten sich gerade das Gegenteil herausstellt, so liegt die Schuld an der Masse des Volkes, das seine politischen Rechte noch nicht auszunutzen weiß, sondern durch seine Stimmabgabe die politische Macht der Truffmagnaten fortgesetzt noch stärkt. Wäre in Deutschland die Herstellung von Fleisch und Fleischwaren in einer relativ geringen Zahl von Betrieben konzentriert, so wären diese Zustände und Vorkommnisse a la Chicago aller Voraussicht nach ausgeschlossen. Diesen Umstand möge man sich vor Augen halten, wenn man jetzt über die Enthüllungen aus den amerikanischen Fleischereien sein Urteil abgibt. Die Fleischbereitung in Deutschland ist rückständig, und diese Rückständigkeit bedingt eine große Unzulänglichkeit der Arbeitsräume, der Betriebsweise und oft auch des verarbeiteten Materials selbst. Man kennt doch in Deutschland den Betrieb der Pollschlächter: in nicht geringen Mengen wird Fleisch von kranken Tieren trotz aller Aufsicht in zahlreichen kleinen Betrieben mitgearbeitet. Vor nicht gar langer Zeit führte unter anderem die Braunschweiger Polizei eine Kampagne gegen eine Reihe von Pollschlächtern, ohne daß es indes gelingen würde, die Verarbeitung unbrauchbaren Fleisches unmöglich zu machen.

Auch in Berlin hatten wir vor ein paar Jahren einen großen Prozeß, in dem gleichfalls festgestellt wurde, daß Fleisch, das auf dem Schlachthofe ausdrücklich als unbrauchbar für den menschlichen Genuß erklärt worden war, auf Umwegen doch noch in Fleischereien und Restaurationen und von dort als gutes Fleisch in den menschlichen Konsum überging. In welchem Umfang derartige Unterschleibungen vorkommen, läßt sich nicht feststellen: jedenfalls kommen sie aber häufiger vor, als das Publikum annimmt. Die Massenhaftigkeit der Betriebe macht eben die Kontrolle des Fleisches vom Schlächtereier an bis zum Tisch des Konsumenten ganz und gar unmöglich. Man mag sich also noch so sehr über amerikanische Zustände augenblicklich entrüsten, man vergesse darüber nicht, daß auch in Deutschland Dinge vorkommen und Zustände gebuldet werden, die uns herantreiben dürften, recht gründlich vor der eigenen Türe zu kehren. R. E.

Politische Heberhäut.

Um alles in der Welt keine Preußen! Die Bewohner des an der preussisch-belgischen Grenze gelegenen Ländchens Neutral-Moresnet sind zwar mindestens zur Hälfte deutsche Stammesangehörige, aber von einem Anschluß an das deutsche Reich in diesem Falle an Preußen, will die erdrückende Mehrheit nichts wissen. Bekanntlich sind zur Zeit wieder Verhandlungen im Gange, das Ländchen aufzuteilen. Die beiden Nachbarstaaten großen dem bloß 345 Hektar bedeckenden Lande, weil von da aus ein schwinghafter Exportknüttel mit Brauntwein getrieben wird, und wollen, wie es scheint, der nun fast ein Jahrhundert währenden Selbständigkeit Moresnets ein Ende bereiten. Die Bevölkerung, die fast zu gleichen Teilen aus Wallonen und Deutschen besteht, hat zu dieser Frage vor einiger Zeit Stellung genommen, und ein Plebiszit ergab 95 vom Hundert der abgegebenen Stimmen zu Gunsten eines Anschlusses an Belgien, wofür überhaupt Moresnet seine Selbständigkeit verlieren muß. Die Deutschen betonen, daß sie ihre Sprache und Sitten beibehalten möchten, wenn das Land an Belgien fallen sollte. Dieses ablehnende Verhalten der deutschen Bevölkerung in Bezug auf das Reich im Verein mit dem sehnlichen Wunsch, ihre Stammesart bewahren zu können, zeigt, daß auch hier, wie vielfach in der weiten Welt, die Deutschen, die in freierheitlichen Staaten oder deren Nähe leben, zwar an deutscher Stammes- und Mundart festhalten, aber eine politische Verbindung mit dem deutschen Reiche nicht herbeisehnen, weil nach ihrer Ansicht die große Heimat in Bezug auf Freiheit im weitesten Sinne noch sehr rückständig ist. Da können wir den Republikanern von Neutral-Moresnet nur beipflichten; es ist heutzutage eine Strafe, Preußen sein zu müssen.

Der Leichenschmaus.

Von Michael Livars.

I.
Vor dem halbgefüllten Grabe besandete Julot, ein Kollege des Verstorbenen, der im Namen des Gastwirtsverbandes das Wort ergreifen hatte, seine Leichenrede:
„Ja, mein braver Boujou, wir haben Dir das letzte Geleite gegeben, um Dir unsere Freundschaft noch über das Grab hinaus zu beweisen. Du warst ein Gastwirt, der seinen Beruf liebte, ein Gatte, der seine Frau liebte, ein Vater, der seine Kinder geliebt haben würde, falls ihm der Himmel welche geschenkt hätte. Wenn es Dir in jener anderen Welt ein Trost sein kann, mein braver Boujou, so nimm an dieser Stelle die Versicherung entgegen, daß ein ehrenvolles Andenken Dir beim ganzen Viertel wie beim Gastwirtsverband gewiß ist. Lebe wohl, Boujou, lebe wohl!“
Auf dieses letzte „Lebewohl“, das mit einem wohlthuenden Lächeln in der Stimme gesprochen wurde, antwortete ein herzzerreißender Schrei der Beerdigung. Madame Boujou die tröstliche Witwe, war in Ohnmacht gefallen.
Arme Frau! Sie hatte ihren Gatten so heiß geliebt!
II.
Zwischen bereitete Marie, die Köchin des Restaurants Boujou, den Leichenschmaus.
„O, ein Mahl von geradezu spartanischer Einfachheit! Ein Stück Braten, Salat und Käse. Bloß um die wenigen Intimen des Hauses, welche dem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen hatten nach diesem schweren Gange körperlich und seelisch wieder ein wenig aufzurichten.“
„Nur das Allernotwendigste!“ hatte Madame Boujou angeordnet. „Eine Beerdigung ist kein Feiertag.“
Um sieben Uhr langte das vom Kirchhof zurückkehrende Beerdigungsgesolge vor dem Restaurant Boujou an, auf dessen herabgelassenen Jalousien ein weißer Zettel mit der Aufschrift: „Wegen Todesfall geschlossen.“
Auf der einen Seite gestützt durch den bereiten Julot, auf der anderen durch den Gemütskünstler aus dem Nachbarhause, betrat Madame Boujou als erste das Lokal. Die anderen folgten ihr: die Männer ernst, feierlich, geniert durch ihre Sonntagkleider, die Frauen mit den Taschentüchern als Zeichen der Trauer in den Händen.
In einer Ecke des Lokals war der Tisch gedeckt. Man setzte sich ernst und gemessen. Marie trug den Braten auf.
Die ersten Bissen wurden in einem andächtigen Schweigen verzehrt. Die Witwe sah zwischen Julot und dem Gemütskünstler, die Augen starr ins Leere gerichtet, und als nichts.

Endlich seufzte sie:
„Armer Boujou!“
Dieses Wort löste allen die Zunge. Man begann den zahlreichen Tugenden des Verstorbenen die gebührende Anerkennung zu zollen.
„Wenn man denkt, daß er noch vor acht Tagen hier hinter dem Schankisch gestanden hat!“
„Ja ja, was sind wir Menschen!“
„Ein so biederer, so ehrlicher Mann!“
„So lustig!“
„So gut!“
„Na, die Gatte! ... Der Herr hatte doch eine recht lose Hand, nicht wahr, Madame?“ warf die Köchin ein.
„Schweigen Sie, Maria!“ erwiderte die Witwe streng.
„Wenn er mich schlug, hätte ich es wohl verdient.“
Nach einer längeren Pause bemerkte der Gemütskünstler steifhaftig:
„Nicht die Toten sind zu beklagen, sondern diejenigen, welche zurückbleiben.“
„Ach!“ schloß die Witwe und trocknete sich die Augen.
„Na na, Madame Boujou, Sie müssen doch vernünftig sein.“ sagte Julot ernst. „Wenn Sie sich auch noch so sehr Ihrem Schmerz hingeben, damit werden Sie Boujou doch nicht wieder zum Leben erwecken.“
„Sie haben recht, Herr Julot. ... Noch etwas Braten gefällig?“
„Danke, Madame Boujou. An einem Tage wie dem heutigen, hat man keinen richtigen Appetit, wissen Sie!“
„Das ist wahr!“ pflichtete die Gemütskünstlerin bei und leerte ihr Glas auf einen Zug. „Gerade als wenn einem die Kehle zugeschnürt wäre!“
Inzwischen, da Madame Boujou nochmals nötigte, langte Julot doch zu. Die Köchinnen auch. Der Gemütskünstler folgte ihrem Beispiel. Und auch die andern reichten ihre Teller hin.
„Aber was ein Stückchen! Nur ein ganz kleines Stückchen!“
„Marie!“ schloß die Witwe. „Machen Sie uns etwas Nührei mit Speck!“
Aber Julot protestierte mit der Autorität eines Mannes, welcher weiß, was sich bei einem solchen Anlaß fñcht.
„Nicht mit Speck, Madame Boujou! Bloß Nührei ohne Speck. Darin dokumentiert sich eine tiefere Trauer!“
Das Nührei verschwand mit der nämlichen unheimlichen Geschwindigkeit wie der Braten. Ein Keller mit kaltem Aufschnitt hatte das gleiche Schicksal.
Der Aufschnitt war bereit gefalzen, daß August, der Hausknecht, zum zweiten Mal in den Keller hinabsteigen mußte, um

die zum Lösen des allgemeinen Brandes notwendige Flüssigkeit in Gestalt diverser Flaschen Bier heraufzuschaffen.
Die Augen begannen zu glänzen. Man sprach nicht mehr ausschließlich von dem armen Boujou.
Die Witwe seufzte noch immer; aber auch sie spürte endlich ein wenig Appetit.
„Marie, mein Kind,“ sagte sie in weinerlichem Tone, „wärmen Sie mir doch das Süßnerikaffee von gestern!“
III.
Um Mitternacht sah man noch immer bei Tisch alle Wangen waren gerötet. Selbst Madame Boujou hatte keine verschommene Augenlider, wenigstens auf ihrem Gesicht noch der nämliche verzweifelte Ausdruck der untröstlichen Witwe lag.
Julot hatte sich bereits einige Witz erlaubt, die beifällig aufgenommen worden waren.
Und aus dem Keller wurden ununterbrochen Bierflaschen heraufgeschafft.
Die Unterhaltung war jetzt ziemlich geräuschvoll und wurde durch häufige Lachsalben unterbrochen. Einmal gestattete sich sogar der Portier Dupot, der schon ziemlich animiert war, mit hellem Witz anzuschließen:
Die Sonne vergolbet den Horizont,
Tralala ... lala ... zont, zont, ...
Aber da erhob sich allgemeiner, lebhafter Widerspruch. Was sich Dupont eigentlich dachte? Ob er vergaße, daß er sich in einem Trauerhause befände?
„Ja, aber es war doch das Lieblingslied des armen Boujou!“
Kammelte der Portier zu seiner Entschuldigung. „Und dann kommt doch darin auch der Vers vor:
Wir kehren lustig vom Kirchhof heim ...“
Julot, der Mann, welcher weiß, was sich bei einem solchen Anlaß fñcht, erklärte ernst, daß das Lied, den Umständen angepaßt, gewissermaßen ein Trauertanz wäre. Und außerdem wäre es eine Ehrung des Verstorbenen.
Ermutigt sang der Portier weiter. Als er geendigt hatte, quittierte Madame Boujou zum Zeichen des Dankes mit einem matten Nicken.
„Ich will Euch ein lustigeres Lied singen!“ rief der Gemütskünstler und stampte an:
„Komm' Parthienchen, komm' ...“
Diesmal klaffte man ohne Bewußtseinsverlust Beifall und den Refrain sangen alle begeistert mit, während sie mit den Messern den Lekt dazu schlugen.
Der Witz war gebraten. Jeder trug sein Scherlein zur allgemeinen Unterhaltung bei.
August kam gerade wieder mit einer Batterie Bierflaschen aus dem Keller nach oben, als an die Laden tür gepocht wurde. Zwei Schulknechte erklimmen auf der Schwelle

Die Revolution.

Ein westpreussischer Landrat ist vom Geiste ergriffen und predigt in berechneten Worten den Kreuzweg wider die Ausbeutung...

Der Anruf zur Verbilligung, den der Landrat von Stuhm, Herr Dr. Amers, in seinem Kreisblatt erlassen hat, hat folgenden Wortlaut:

Das vom Reichstag verabschiedete Gesetz betreffend eine erhöhte Besteuerung des Bieres wird in vielen Teilen des preussischen Staats als Vorwand benutzt, um dem Publikum das Bier zu sehr erheblich teureren Preisen als bisher zu verkaufen...

Kleine Ursachen, große Wirkungen! Der Landrat Amers hat sich nicht gedacht, daß er mit seinen Bemühungen, im Kreise Stuhm einen angemessenen Bierpreis zu erzielen, die Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse erschüttern würde...

Herr Dr. Amers hat freilich einen berühmten Vorgänger, an den er sich allenfalls berufen kann. Auch der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, hat sich in einem bestimmten Falle nicht gehindert, den marxistischen Ausdruck 'Ausbeutung'...

Damals waren es die städtischen Grund- und Hausbesitzer, die daraufhin die Revolution des Kapitalismus proklamirten, und auf ihrer Tagung in Dresden erklärten, die Regierung sei unter die Sozialdemokraten gegangen...

Es ist zwei Uhr. Haben Sie Konzeptionen? ... Der Herr sprach sich ab.

Der Herr sprach sich ab. Die beiden Schwestern hatten begriffen. 'Das ist natürlich was anderes,' sagten sie.

Und nachdem sie ein Glas Bier angenommen hatten, zogen sie sich hastig zurück, indem sie sich in Entschuldigungen darüberterschrieben, daß sie eine trostlose Familie in ihrem rechtigen Schmerze gefühlt hätten.

Die beiden Schwestern hatten begriffen. 'Das ist natürlich was anderes,' sagten sie. Und nachdem sie ein Glas Bier angenommen hatten, zogen sie sich hastig zurück...

Die beiden Schwestern hatten begriffen. 'Das ist natürlich was anderes,' sagten sie. Und nachdem sie ein Glas Bier angenommen hatten, zogen sie sich hastig zurück...

Die beiden Schwestern hatten begriffen. 'Das ist natürlich was anderes,' sagten sie. Und nachdem sie ein Glas Bier angenommen hatten, zogen sie sich hastig zurück...

Die wirklichen Handwerker und der Leipziger Oberstaatsanwalt. Mit seiner beleidigenden Aeußerung gegen den Redakteur Kressin von der 'Leipziger Volkszeitung'...

Die wirklichen Beleidigten sind in diesem Falle die Handwerker selbst. Der Herr Oberstaatsanwalt hat zwischen Betätigung einer gewissen Intelligenz und handwerksmäßiger Tätigkeit einen Gegensatz konstruiert...

In ähnlicher Weise drückt die 'Mittelstands-Korrespondenz' nach fernerhin ihr Bedauern darüber aus, daß sich der Leipziger Oberstaatsanwalt in vollständiger Verkennung der Sachlage in solcher Weise geäußert hat.

Ueber die Kommunalwahlrechts-Verschlechterung in Leipzig

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Die Herrschaft der Klasse vor der immer stärker anschwellenden Arbeiterbewegung, so verweigert sie auch alle Nachmittel zur Niederkämpfung...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Genügt. Auch Genosse Timm verlangte vollständige Annäherung über diesen Vorgang im Interesse des Ansehens des Parlaments...

Ausland.

Die Kämpfe um die Wahlreform in Oesterreich.

Im Wahlreform-Ausschuß des österreichischen Parlamentes protestierte der Abg. Mall auf das Entschiedenste gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten...

Im Wahlreform-Ausschuß des österreichischen Parlamentes protestierte der Abg. Mall auf das Entschiedenste gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten...

Im Wahlreform-Ausschuß des österreichischen Parlamentes protestierte der Abg. Mall auf das Entschiedenste gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten...

Verrechnungen der städtischen Markt-Notierungskommission.
Breslau, 21. Juni.

	Pro 100 Kilogramm		Pro 100 Kilogramm		Sort.
	ante	niedr.	mittlere	geringere	
Weizen, weißer	18.20	17.40	17.20	16.80	16.30
Weizen, gelber	18.10	17.30	17.20	16.80	16.30
Roagen	15.40	14.80	14.70	14.50	14.20
Brannbrannt	15.50	15.10	15.00	14.60	—
Gerste	14.00	13.60	13.50	13.10	12.50
Hafer	17.50	17.00	16.90	16.50	16.00
Wittoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	14.60
Erbisen	18.00	17.50	16.30	14.50	14.00

Den pro 50 Kilogramm 2.50—2.70 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.

Verbands-Kalender.
Breslau.

Im Partei-Sekretariat.

Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Renaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Antragsformulare sowie Verbandsauskünfte können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden. Die Bibliothekstunden des Sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an von 7—9 Uhr statt. Punkt 1 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Gewerkschafts-Kalender.

Vorsitzender: Paul Spunner, Kurgasse 53/55.
Kassierer: R. Peterhansel.

Gewerkschaftshand.

Freitag, den 22. Januar:

Arbeiter-Vertreter. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 23. Juni:
Zimmerer. Jeden Sonnabend: Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 24. Juni:
Steinarbeiter-Verband. Vormittags von 10—12 Uhr Kassenamt im Zimmer Nr. 7.

Dachdecker. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 5.

Dienstag, den 26. Juni:
Metallarbeiter-Verband (Baumschläger). Abends 8 Uhr: Versammlung.

Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Bezirk 3 (Gräßlicher Vorstadt).
Bezirk 1, 2, 6—11. Mittwoch den 27. Juni: Zusammenkunft und Zahlabend.

Bezirk 5 und 14. Sonnabend, den 28. Juni, Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokale.

Bezirk 9 (Oberdorf).
Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollanten sind mitzubringen.

Bezirk 17 (Schweidnitzer Tor).
Freitag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Liebfeld. Ausgleich der Volkswacht-Agitation. Abrechnung mit den Bezirksführern.

Bezirk 18 u. 19. (Innere Stadt, Ost- und Westteil).
Sonntag den 24. Juni: Ausflug nach Loh. Abmarsch Vor-

mittags 8 Uhr vom „Bär auf der Orgel“, Aufseherstrasse 37
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Bezirksführer.

Hirschberg. Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.
Sonntag, den 24. Juni, Nachmittags 3 1/2 Uhr, in der „Andreaschente“ zu Gumnitzdorf: Vortrag über die Arbeiter-Versicherungsgesetze. Zweck und Nutzen eines Gewerkschafts-Beamten für Hirschberg. Referent: Arbeiter-Sekretär Neufeld, Breslau.

Altwasser. Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung
am Montag, den 26. Juni, Abends 6 1/2 Uhr, im Saale des Gasthauses „Deutscher Kaiser“. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen, und wodurch kann dieselbe verbessert werden? Referent: Redakteur R. Bausch-Rohlfan.

Bilganshain. Weiraucherhebung am Sonntag, den 24. Juni, bei Genossen D. Bauch.

Brieg. Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.
Sonnabend, den 23. Juni, Abends Punkt 7 1/2 Uhr: Versammlung im bekannten Lokale. Alle, die am Streit beteiligt waren, sind hierzu eingeladen. Die Bevollmächtigten.

Striegan. Steinarbeiter-Versammlung. Dienstag, den 26. Juni, Abends 7 Uhr in der Bierquelle. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Staudinger - Leipzig. 2. Aenderung der örtlichen Krankenkassensatzung.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Nadlos. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schön. — Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Am 20. d. M. verstarb plötzlich unser Freund und Kollege, der Tischler
Georg Brandt
im Alter von 28 Jahren. 2613
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
(Zahlstelle Breslau).
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz.

Lieble's Etablissement.
Cabaret:
Roland von Berlin.
Neu! Neu! Neu!
Rezitator
Laurence.
Im Garten: Miltich-Konzert.

Schildermaler-Lehrling
Tann sich messen bei 2612
Dchmelt & Rother, Kechberg Nr. 5.
Kaufe gebr. Möbel, Möbelstücke, Werkzeuge, ganze Wohnungen und Werkstätten-Einrichtungen gegen sofortige Zahlung. Gartenstraße 36. 2612

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Grosse internationale
Ringkampf-
Konkurrenz.
Anfang präzis 8 Uhr.

ff. Batavia-Arrak,
„Tamaica-Rum,
französische Kognaks,
und deutsche
„Punsche u. Tafelköre
empfiehlt 1728
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf
im Comptoir, Hof. part.

Paul Mischke
5, Ring 5. 2512
Ältestes Spezialgeschäft a. Ring.
Bekannt feinste
Tafel-Butter
jeht nur Mk. 1,10 das Pfund.
(keine Füllalien.) Volverband.
Auf Nr. 5 u. Firma achten!

SCALA.
Einz. überd. Sommer-Varieté
Nikolaistrasse 27.
Ein unheimlicher
Gast
die neueste Burleske mit
Willy Haase
bringt den größten Subochender
nicht aus dem Laden.
Zazu die brillantesten
Spezialitäten.

Stannen
müssen Sie über Preise und Verarbeitung
unserer 2577
Herren-Anzüge 10 Mk.
nach Maß elegant 17 Mk.
nur blick in der Fabrik
Carlsstraße 42, I.

Dominikaner.
Täglich:
Die Original Leipziger
P. P. Belzer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ganz 10 Pf. — Reizien 20 Pf.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburtsstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Misch,
Kupferschmiede-Strasse 47.

Volkswachtleser!
Grösste Reklamtät.
Anzüge, gute Stoffe, 9 Markt
nach Maß, elegant, 17 Mk.
schil, beher Sie.
Anzugfabrik Wallstr. 17, I.

Küchenmöbel bill. Preise!
Süßes 21 Mk., Topfschränke
8 Mk., Speisechränke 11 Mk.,
Tische 5 Mk., Stühle 2 Mk. usw.
2607
Holzindustrie
Albert Noskowski
Sadowastraße 27.

Stadthauskeller-Restaurant.

Sonnabend: 2609
Großes Schweinischlachten.
Elektrisches Orchester mit neuem Gesang.
Hochachtend
F. Eisenkolb.

A. Schumm's Brennerei
Scheitnigerstrasse No. 20, Ecke Hirschstrasse
Inhaber: **W. Hänel** 2608
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

Auswahl Haase'scher Biere
und besten alten Getreidebrenns
sigenen Fabrikats; in Demions von 5 u. 10 Liter frei Haus.

Vorteilhaftes Angebot.

Röstkaffee per M. 0.90, 1.00, 1.20, Pfd. M. 1.38, 1.56, 1.67.
garant. rein

Tee per Pfd. M. 0.90, 1.15, 1.25, M. 1.50, 2.15, 2.65.
Souchong, Kongo

Kakao per Pfd. M. 0.95, 1.00, 1.20, M. 1.45, 1.90, 2.20.
garant. rein

bei grösseren Posten Preisermässigung.

Kaffee- und Tee-Importhaus
Heinrich Gewaltig
Zentrale: Albrechtsstr. 5 u. Schuhbrücke 71
und Filialen. 2260

Achtung! Stellmacher!
Sonntag, den 24. Juni 1906, vormittags 10 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Weisse in Pöpelwitz
Grosse Versammlung
aller Stellmacher, beschäftigt in den Waggon-
fabriken und bei Klein-Meistern.
Tagesordnung:
1. Vortrag: „Welche Lehren ziehen wir Stellmacher aus den Berliner und Breslauer Kämpfen?“ Referent: Stellmacher Henke-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes
Eintritt frei. Frauen sind eingeladen.
Der Einberufer.
2614

Waldenburg.
Waldenburg! Verband der Schmiede. Waldenburg!
Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr
Versammlung 2607
im Gasthof zum „Goldenen Stern“
Gottesbergerstrasse.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Den geehrten Volkswachtlesern empfehle ich mein
Barbier-Geschäft
Sandberg Nr. 29
einer gütigen Beachtung und bitte bei Bedarf mein Geschäft zu berücksichtigen. 1927
Gustav Heinzelmann.

Fahrräder sämtl. Marken
sowie Zubehörteile kauft man billigst in der
größten Waldenburger Fahrrad-Niederlage
Ferdinand Kaizler,
Waldenburg, Auenstrasse No. 36. 1929
Reparaturen aller Art werden schnell und billigst ausgeführt.

Adolf Pusch
Hermisdorf bei Waldenburg
und Filiale Dittersbach
in Hause des Herrn Fleischermeister Sonnabend 2606
**Großer
Saison-Ausverkauf**
zu
ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.
Schuhwaren, Herren- und Knaben-Garderoben,
Arbeiter-Bekleidung
Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten, Strumpfwaren,
Trikotagen.

Wilhelm Lerche's Restaurant
Matthiasstraße 148
empfehlen allen Bekannten und Genossen seine Lokalitäten zur
gefälligen Beachtung. 2490
Jeden Montag: **Eisbeine.**
Belles Vereinszimmer mit neuem Pianino zu vergeben.

Meinen werten Verbands-
kollegen und Parteigenossen die
ergebenste Anzeige, daß ich in
meinem Hause **Nieder-Polsnitz**
Nr. 13 ein **Schuhwarengeschäft**
ingerichtet habe. Indem ich be-
müht sein werde nur gute Ware
zu mäßigen Preisen zu liefern, bitte
ich um gütige Berücksichtigung.
Reparaturen werden schnell
und sauber ausgeführt.
Hochachtungsvoll
Adolf Büttner
Nieder-Polsnitz 13. 2607

Kloster-Bazar
23/25 Klosterstraße 23/25. 2089
Großes Lager in
Galanterie-, Leder-, Spielwaren, Haarschmuck etc.
Billigste Preise!

Nichts
geht über einen guten Vogelgesang. Dies zu erreichen
ist leicht mit meinem
Singfutter
in Paketen à 10 und 25 Pfa. Ueberall käuflich.
Daniel Hoffmann, Paulstrasse 12. 2292

Maurer, Zimmerleute, Arbeiter!
Empfehle vorzügliche Arbeiter-Anschlüsse, als:
engl. Lederhosen, Leuzhosen, Maurerhosen und Maurerblusen,
sowie sämtliche Berufskleidung.
Eugen Hamburger
2354
Böhmerstraße 25, Ecke Raschstraße.
Fahrräder der Eisenbahn Straßenbahn oder Omnibus werden zurück erhalten.

Beachten Sie
die furchtbar herabgesetzten
billigen Preise
in meinen 2605
Schaufenstern.
Damen- und Kinderhüte, Blusen,
Handschuhe, Strümpfe, Schirme.
W. Rahmer
Waldenburg. — Gottesberg.

3. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsum-Vereine.

Schon am Vorabend des Kongresses, der am 19. und 20. Juni in Stettin stattfand, haben sich die überaus zahlreichen Delegierten und Gäste in dem geräumigen Saale des Kongresshauses zum Begrüßungsabend versammelt. Reichstagsabgeordneter Herbert Stettin beehrte die Versammlung namens des Lokalkomitees. Die Leitung der Verhandlungen wurde übertragen als Vorsitzenden Radehoff - Dresden, Barth - München und Herbert - Stettin, als Schriftführer Schmidtchen - Magdeburg und Hermann - Braunschweig. Der Vorsitzende begrüßte hierauf die erschienenen Vertreter der ausländischen und inländischen Freundes-Organisationen. Er wies, den früheren internationalen sozialistischen Sekretär, als Vertreter der belagerten Genossenschaften, Dr. Hans Müller und Baumgartner (Schweizerische Genossenschaften), Peltzer (Dänemark), Staatssekretär Elias (Holland), Gree - London und Cotton - Manchester (Englische Großverkaufsgesellschaft) und Vereinigte Konsumvereine, Nepole und Görner (Österreich) um. Die Zentralkommission der deutschen Genossenschaften vertritt der Redakteur des „Korrespondenzblattes“ im Reichs-Verlag, der in einer schmunzelnden Ansprache Genossenschaften als die mächtigsten Waffen der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampfe feiert, den Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Landrat von Hochhausen. Weitere Ehrenäste sind die Vertreter des Zentralverbandes ländlicher Genossenschaften (Raisissen-Neuwied) und die zahlreicher Gewerkschaften, insbesondere der Lokalarbeiter, Lagerhalter, Handels- und Transportarbeiter usw. Der lehrreiche Beifall in der großen Halle der Regatta-gebäude ist die Mitteilung der dänischen Delegierten Peltzer, daß dort ein Konsumverein ein Mitglied von Konsumvereinen sei, und der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft jährlich 2 1/2 Millionen betrage.

Dienstag früh 9 Uhr begannen vor 400-500 Delegierten und wiederum zahlreichen Gästen die geschäftlichen Verhandlungen. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. die Reichstagsabgeordneten Fräulein Dresden, von Elm - Hamburg, Herbert - Stettin, den früheren Reichstagsabgeordneten Voght - Stettin, Frau Dr. David, Frau Steinbach usw.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Max Radehoff - Dresden, den Bericht des Verbandssekretärs Heinrich Kaufmann - Hamburg. Beide beziehen sich auf das gedruckt vorliegende Jahrbuch von 232 Seiten (das wir bereits ausführlich behandelten haben. Red.) und ergänzen es zu folgendem Bild: Die Genossenschaft ist der Friede. Die erfüllte Genossenschaftsbewegung ist die Befreiung des wirtschaftlichen Kampfes. Aber vorläufig trennt uns noch vieles von diesem Ziele. Ein genossenschaftliches Arbeitsverhältnis ist mit den Vätern, den Handels- und Transportarbeitern usw. angewandt worden. Leider haben z. B. den auf dem vorjährigen Verbandstage in Hamburg angenommenen Tarifvertrag noch 19 Genossenschaften, Mitglieder des Zentralverbandes, nicht eingeführt, obwohl die von ihnen beschäftigten Väter organisiert sind und drückliche Beforderungen nicht vorliegen. Das zu schaffende Tarifamt soll hier wirksamer, als bisher der Verbandsssekretär konnte, die Tarifbewegung fördern und die Zwistigkeiten zwischen Genossenschaftsangehörigen und Genossenschaftsverwaltungen möglichst mindern. — Die Genossenschaften aller Arten verbreiten sich ziemlich rasch, jedes Jahr um ungefähr 6 Prozent, die Konsumvereine aber um 25 Prozent. Beträgt die Zahl der Konsumvereinsmitglieder 1904 818,916, so 1905 897,092. Mit Einrechnung der aus statistischen Gründen nicht mitgezählten Vereine auf Aktien usw. darf die Zahl der Familien, die mindestens einen Teil ihres Bedarfs aus den Konsumvereinen beziehen, auf 1,201,000 geschätzt werden. Der Gewinn ist von 1903 bis 1905 von 12 auf 18 Millionen jährlich gestiegen. Der Zentralverband ist dementsprechend gewachsen, leider nicht auch die Großverkaufsgesellschaft, da leider immer noch in allen Revisionen große Konsumvereine mit vielen 100,000 Mark festhalten. Das „Frauenblatt“ hat sich sehr erfreulich verhalten. Es soll im nächsten Jahre in ein echtes Volksgenossenschaftsblatt umgewandelt werden. Auch eine eigene Zeitschrift wird eingerichtet werden. Großen Wert legt der Zentralverband auf das friedliche und freundliche Verhältnis zu den anderen Genossenschaften. Der Generalanwalt der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Geheimrat Haas, hat aufgeführt, in einer paritätischen Kommission der landwirtschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Vertreter die Frage des direkten Bezuges der Konsumvereine von den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu prüfen. Der Vorstand des Zentralverbandes hat diese Anregung natürlich zugestimmt. Auch mit den Großverkaufsgesellschaften aller Länder sollen engere Beziehungen geknüpft werden Welche Vorposten eröffnen für diese Zukunft diese Friedensbedingungen! Erst wird gewiß die Genossenschaft nicht nur mit

ihren Arbeitern, sondern auch mit den deutschen Landwirten und den ausländischen Genossenschaften Tarifverträge abschließen. Aber die Genossenschaft hat auch Feinde, die Mittelstandsblätter, die kurzlich die wahren Gründe ihrer Not, die Ueberfüllung des Marktes und die mangelnde Vorbereitung nicht erkennen, und vielfach leider auch die Staatsregierungen, die die Genossenschaft — Ueberflüsse haben diese nicht — mit hohen und ungerechten Steuern belegen. So hat Schaumburg-Lippe die Vermögenssteuer auf die Konsumvereine ausgedehnt und nimmt dadurch jährlich die allerhöchst für Schaumburg-Lippe nicht unbedeutende Summe von 6 Mk. ein. (Heiterkeit.) Einzelne Kommunen machen den Anfang mit. So hat Ballenstedt die Umsatzsteuer eingeführt — nur hat es leider keinen Konsumverein. (Große Heiterkeit.) Durch immer wiederholten Protest müssen wir gegen diese Steuerungerechtigkeit das Rechtsgelächter des deutschen Volkes wecken, damit sich immer das Wort erfüllt: Die Genossenschaft ist der Friede. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte bewegt sich hauptsächlich um die Frage des direkten Bezuges von den landlichen Genossenschaften. Im Uhrzeigersinn die Delegierten der einzelnen Orte vertritt ihre Geschäfte-ergebnisse und führen teils Klage über Hemmnisse, die ihnen beim Ausbau der Genossenschaft bereitet werden.

Einmütig wird ein vom Vorstand und Ausschuss gemeinsam vorgelegter Protest gegen die Sonderbesteuerung der Konsumvereine angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und die Schaffung eines Tarifamtes zur Sicherung seiner Durchführung. Der Tarif sieht eine Maximalarbeitszeit von 56 Stunden wöchentlich für Rutscher und Stallente, von 53 Stunden für alle übrigen Kategorien vor. Der Mindestlohn beträgt 19 Mk. mit Zulagen bis zu 30 Prozent (z. B. für Berlin und Hamburg). Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind möglichst zu vermeiden, event. mit Lohnaufschlag auszuliefern. Jeder Arbeiter hat Anspruch auf mindestens eine Woche Sommerferien. Bei der Neueinstellung von Kräften soll möglichst der Arbeitsnachweis des Verbandes benutzt werden. Die Abkündigungfrist beträgt 14 Tage. Schon am 1. August d. J. soll der Tarif in Kraft treten. Das vorläufige Schiedsamt soll 1. die geschlossenen Tarife durchführen helfen, 2. neue Tarife abschließen helfen, und 3. Schiedsgericht bei Streitigkeiten sein.

Die Debatte über den Tarifvertrag als einen schmerzhaften Fortschritt, wenn sie auch Nebenbei gegen einzelne Bestimmungen geltend machen. Aus der Debatte gehen wir u. a. folgende Nebenher hervor:

Konferenzentscheidungen (Vertreter des Verbandes der Handels- und Transport-Arbeiter) begrüßt gleichfalls das an sich für seine Freunde noch unbedingende Bestehen als Produkt mühsamer Arbeit und ein neues Band des Zusammenhaltens zwischen den zusammengehörigen Gliedern der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung. Genossenschaft und Genossenschaft.

Rebaltene im Reichs-Verlag überträgt die anerkennende Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften und spricht die Erwartung aus, daß die Stettiner Beschlüsse auch durchgeführt werden können.

Kolophohn - Hamburg (Vorsitzender des Zentralverbandes der Handinnangsbildner und -Schleifer) kritisiert die Mängel und Lücken des Entwurfes und plädiert gegen die Einstellung unorganisirter Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Genossenschaften.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wird der Entwurf in allen Teilen einstimmig angenommen.

Das Tarifamt erhält als Sitz Hamburg, als Vertreter der Genossenschaften v. Elm (Hamburg) und Lorenz (Großverkaufsgesellschaft), als Stellvertreter Postel (Produktion Hamburg) und Ringmann - Hamburg. v. Elm nimmt die Wahl ohne Dank an; er hofft nur, daß er nicht wieder wie in der Wahlfrage der Angehörigen in der Öffentlichkeit mit den sinnlosesten Verleumdungen überhäuft werde. (Lebh. Beifall.)

In den Verhandlungen am Mittwoch, den 20. d. M., referierte der Verbandsdirektor Konrad Barth - München über das Thema: Der weitere Ausbau der Organisation des Zentralverbandes und seiner Revisionenverbände. Der Vortrag gipfelte in der nach kurzer Debatte angenommenen Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Der dritte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 18.-20. Juni 1906 in Stettin anerkennt die Notwendigkeit der Anstellung von Verbandsbeamten in den einzelnen Revisionenverbänden und beauftragt Vorstand und Ausschuss, auf der Grundlage der im Vorlaufsbericht veröffentlichten „Mitteilungen“ dem nächstjährigen Genossenschaftstag eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Nur 10 Stimmen erklärten sich gegen die Resolution.

Der letzte Verhandlungsgegenstand betraf den Beitritt der Verbändevereine zu dem internationalen Genossenschaftsbund. Heinrich Lorenz - Hamburg referierte. Die Beschlüsse seines Vortrages seien hier wiedergegeben:

Unsere gute, unsere richtige Idee der Eigenproduktion ist gut und richtig nicht für die Hunderte unserer Mitglieder, sondern auch für die Millionen und Millionen der werktätigen Bevölkerung in Fabrik und Handwerk, auf Scholle und Acker. (Beifall.) Schon hat uns auf dem letzten Genossenschaftstage unser Freund Dr. Hans Müller (Schweiz) trefflich vorgearbeitet, als er sagte: „Die Genossenschaft muß antikapitalistisch sein oder sie ist keine Genossenschaft.“ Auf diesem Wege, in diesem Geiste müssen wir in der internationalen Allianz weitergehen. Wir müssen dabei sein mit unserer Arbeit, unserem Gelde und unseren Stimmen. (Sehr gut!) Und noch eins: Die Arbeiterklasse der ganzen Welt verabscheut den Menschenmord, den Krieg und das Blutvergießen, verabscheut den menschenmordenden, kulturzerstörenden Kampf der Gewalt. Schaffen wir auch im internationalen Genossenschaftsbund eine neue Friedensgarantie! (Lebhafte Beifall.) Sagen Sie nicht, daß erst spätere Generationen die Erfüllung dieser Grundzüge sehen werden. Die genossenschaftlichen Grundzüge sind nicht Schauspieler, die der gläubigen Menge an besonders feierlichen Tagen gezeigt werden. Sie alle haben die Pflicht, mit aller Kraft für ihre rasche Verwirklichung auch international zu arbeiten. (Stürmischer Beifall.)

An der Debatte über diesen Punkt beteiligten sich u. a. der Präsident des internationalen Genossenschaftsbundes, Ehrensekretär Gray - London und Staatssekretär Dr. Elias, Mitglied des Zentralkomitees der internationalen Allianz. Letzterer führte aus:

Rufen Sie mich mit zwei kurzen Worten die Idee des internationalen Zusammenschlusses unterstützen: Das eine sprach Ihr großer Dichter Schiller vorabnehmend vor 100 Jahren: „In Vunde werden auch die Schwachen mächtig.“ (Sehr gut!) Mit dem anderen meinte der Minister- und Kammerpräsident von Bismarck unsere neue Allianz 1897 in Paris ein: „Die internationale Union der Arbeiter wird die Mauern zwischen den Nationen niederreißen.“ So tragen auch Sie heute einen Stein zu dem Gebäude der Völkerverbrüderung und des ewigen Friedens. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Einmütig nahm der Genossenschaftstag folgende Resolution an: „Ueberzeugt von der Notwendigkeit der internationalen Vereinigung und in Erwägung, daß es, um den weiteren Ausbau und die Ausbreitung der konsumgenossenschaftlichen Organisationen zu fördern, notwendig ist, daß die für die Organisation des Konsums als richtig erachteten Grundzüge in allen Kulturländern verbreitet und auf deren Anwendung hinarbeitet wird, fordert der dritte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, abgeschlossen am 18., 19. und 20. Juni 1906 in Stettin, die Konsumvereine auf der internationalen Genossenschafts-Allianz als Mitglied beizutreten und im Sinne dieser Resolution tätig zu sein.“

Darauf wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Der Vorstand wurde entlastet, der Etat für 1907 genehmigt. In den Vorstand und Ausschuss wurden die ausstehenden Mitglieder Direktor Barth - München, von Elm - Hamburg, Postel - Stettin, Ringel - Darmstadt und Pöblich - Schweden wiedergewählt. Der nächste Genossenschaftstag findet 1907 in Düsseldorf statt. Darauf schloß Vorsitzender Radehoff den 3. ordentlichen Genossenschaftstag mit einem Rückblick auf die erfolgreiche Tagung.

Bezirkskommandeur v. Zauder vor den Geschworenen.

Die Angeklagten schienen am Donnerstage ziemlich sehr guten Mutes zu sein. Frau von Zauder unterhielt sich vor Beginn der Verhandlung sehr lebhaft mit ihrem Verteidiger. Die bei Ledebur in Berlin gefaßten Schmutzgegenstände bilden zunächst noch einmal Gegenstand der Verhandlung. Es wird eine große Anzahl Taschentücher, Ringe, Knöpfe, Akten und andere Schmuckgegenstände auf dem Richterisch ausgedreht. Der bereits gestern als Zeuge vernommene Juwelier Leonhardt - Berlin behauptet, daß ein

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ueber Goethe als Mineraloge sprach der derzeitige Professor der Universität Jena, Geheimrat Professor Dr. Lind, in seiner Festrede zur akademischen Preisverteilung am 16. Juni. Die Rede, der ganz neue Forschungen zu grunde liegen, wird demnächst bei Gustav Fischer in Jena erscheinen. Wir entnehmen ihr kurz folgendes:

Schon 1796 hat die von Jena's erstem Mineralogen, Berg- rat Lind, geleitete mineralogische Societät Goethe als eines der ersten Ehrenmitglieder aufgenommen; und trotz dieser Tatsache sind Goethes Verdienste um die geognostische und mineralogische Wissenschaft bisher nicht genügend gewürdigt worden. Hat Goethe doch, da er sich dieser Wissenschaft mit Leidenschaft hingab, mancherlei treffliche Fortschritte angebahnt. Er hat über den Wert der Kalkdüngung für das Gras gehandelt, hat mitgeteilt, daß die Glanzstollen, im Ofen abgeschwefelt, die besten zu Stahl sind, hat Vorschläge zu neuen Messing-, Kupfer-, Zinnlegierungen gemacht. Er war auch der erste, der erkannte, daß der 1630 von dem Schuster Cascazio in Bologna aus dem dortigen Schmelzwerk hergestellte Leuchtstein nur nach Befleuchtung in gewissen Teilen des Spektrums leuchtete.

Goethes Untersuchungen gehen vornehmlich von Weimar, Jena und Karlsbad aus. Seine Beschreibung der Feldspat- zwillinge aus dem Karlsbader Granit ist nach Lind muster- gültig; ebenso wertvoll weiter zutreffende Beobachtungen an diesem Feldspat. Ueber den Karlsbader Sprudellein verdanken wir Goethe eine Erklärung, für die Bestimmungen des Muschelkaltes von Cisterberg (bei Weimar) ein noch heute brauchbares Verzeichniß. Auch seine Untersuchungen über Petrographie gehen von Karlsbad aus, wie beim sehr ganzes naturwissenschaftliches Fortschreiten gegenständlich ist in seiner Darstellung und möglichst umfassen in seinem 31. Auf ein Erkennen der Einheit der Natur der Entstehungsgeschichte der Erde kam es ihm am letzten Ende an und in dem Streite der Gelehrten über Vulkanismus oder Merkanismus, das heißt ob die Entstehung der Erdform mehr auf Einflüsse des Feuers oder des Wassers zurückzuführen ist, hielt sich Goethe mehr oder weniger auf die Seite der Reptantisten.

Nach mehr hat Goethe in der Praxis der mineralogischen Wissenschaft lehrreich gewirkt; er streifte die Unterfertigung guter Profillarten an; er war ein ausgezeichneter Sammler, und das mineralogische Museum in Jena verdankt ihm seine Entstehung. Sein Einfluß auf den Jenaer Mineralogen Lind, der sogar beimartliche Prinzessinnen auf Goethes Veranlassung in Mineralogie unterrichten und prüfen mußte, war groß, und Goethe hat selbst mehrfach Vorträge auf diesem Wissensgebiete in Weimar, Jena und Karlsbad gehalten. Sein Ruhm war seiner

Zeit auch schon begründet: die Wienerische naturforschende Gesellschaft zu Edinburgh ernannte ihn zum Ehrenmitglied, sein Name steht an der Spitze des Leonhardschen Taschenbuchs, aus dem die heute geschätzte mineralogische Zeitschrift hervorgegangen ist, und seine Arbeiten über den Kammerberg bringen ihn bei Naturforschern von Rang in Ansehen.

Alles in allem steht man schon aus diesen wenigen aus dem Lind'schen Vortrage gegebenen Mitteilungen, wie beachtenswert Goethes Wirken auf diesem Gebiete der Naturwissenschaft war, und daß es für Goethe-Freunde und Goethe-Forscher, wie für Männer der Naturwissenschaft sich lohnen dürfte, sich einmal näher mit Goethes Verhältnis zur Mineralogie zu beschäftigen.

Aus aller Welt.

Großer Brand. Am 20. d. M. brach in der Basewaller Straße im Ferdinandshof bei Basewall Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete, so daß bereits nach zwei Stunden 25 Wohnhäuser und 30 bis 40 Nebengebäude niedergebrennt waren, ohne daß es gelungen wäre, der Feuersbrunst Einhalt zu tun.

Lebendige verbrannt. In dem Orte Ebelgande bei Rathenow sind am Mittwoch zwei 10 und 8 Jahre alte Kinder eines Arbeiter - Ehepaars, die in Abwesenheit der Eltern sich an Feuerherde zu schaffen machten und Petroleum ins Feuer schüttelten, verbrannt.

Vom Eisenbahnzuge überfahren. Einer Meldung aus Gelsen (Hannover) zufolge, wurde bei der Einfahrt des Personenzuges 84 in den Bahnhof Gelsen ein Fuhrwerk auf dem Land- krankenwagenzuge Gelsen - Würrich überfahren, wobei der Wagenlenker Johann Jansen aus Gelsen im Alter von 18 Jahren antwortend schwere Verletzungen erlitten hat. Die Ueberführung des verletzten und besinnungslosen Kranken ist sofort in das Krankenhaus veranlaßt worden. Der Wagen wurde total zertrümmert. Die beiden Pferde sind unverletzt geblieben.

Die leidige Spielerei mit dem Schießwehr. In Kolberg hat die Spielerei mit Schießwehren wieder ein Menschenleben gekostet. Dort ist ein Sohn des Sohns eines Gastwirts auf seinen Spielkameraden. Ein Knall und der Knabe sank ins Herz getroffen tot zur Erde.

Ermannungs-Boß. „Kloß's Abenteuer“ mihel aus Dover: Der Schürer „Bertha“, von Rio de Janeiro nach Hamburg unterwegs, ist bei South Goodwin infolge Zusammenstoßes mit dem von Hottelbaum kommenden Dampfer „American“ gesunken. Nur der Sohn des Kapitäns Korholm ist gerettet, acht Mann sind, wie man glaubt, ertrunken.

Wiesä ein Bergsturzfall. Das Wasser der Wähe trat aus und überflutete die Stadt. Zwei Kinder sind ertrunken. In den Kelleräumen wurden viele Waren verdirbt. Zwei Häuser sind eingestürzt. Weitere Einbrüche werden befürchtet.

Stenat eines Verurteilten auf den Oberamtsrichter. In Burgengenfeld in der Oberpfalz attackierte der vom Schöffengericht wegen Mordes zu langer Freiheitsstrafe verurteilte Wagner Schaller den Vorsitzenden Oberamtsrichter Burgart in dessen Wohnung und verletzte ihn schwer mit Stoch und Messer. Die Nachbarn und Gendarme te mußten den Rasenden überwältigen.

Eine gefährliche Luftballonfahrt unternahm der Engländer Tomit vom Zoologischen Garten in Aachen aus. Der Ballon setzte sich bei der Landung gerade auf die Bahngeleise nach Herbeshal nieder in dem Augenblicke, als ein Zug heranbrause. Der Ballon streifte die Wagenbede und stürzte nieder. Wäre der Ballon 50 Zentimeter tiefer geflogen, so wäre der Luftschiffer mit seinem Ballon überfahren und getötet worden.

Die „lebende Same“. Kürzlich bemerkte ein Schuttmann bei der Eisenbahnstation von West Croydon (London) eine sehr fashionabel angelegene Dame, deren auffälliges Benehmen ihn veranlaßte, an sie heranzutreten und sie zu ermahnen, sich zu entfernen. Die Dame antwortete mit rauher Stimme, wobei sie sich einer nicht weniger als salonfähigen Sprache bediente. Der Schuttmann drohte ihr mit der Verhaftung und erhielt als Antwort einen Faustschlag ins Gesicht; er versuchte dann die Dame zu fassen, die ihn aber alsbald mit einem anderen Schläge an Boden stieß. Andere Schutzleute kamen herbeigeeilt und versuchten, sich der Dame zu verschern, die aber alle Versuche höchst erfolgreich abwehrte und sich durch den Beifall der Menge einer rasch zunehmenden Menschenmenge in ihrem Werkzeuge ermittelte sah. Zwei Polizisten wurden mit blutenden Nasen und verblödeten Augen außer Gefecht gesetzt, und es mußten sieben Schutzleute in Aktion treten, um die Dame endlich zu übermächtigen und nach der Polizeiwache zu bringen. In dem Kampfe hatte sie ihr Handtuch, eine schöne goldhaarige Perle, verloren, und auch ihr Selbstbild war in Stücke zerfallen worden, wobei es sich herausstellte, daß man es nicht mit einem Bildnis des garten Beschädigten, sondern mit einem herlich gehaltenen Mann zu tun hatte. Es war ein Matrose, der von seinem Kriegsschiff auf einige Tage beurlaubt, nach London gekommen war, um sich zu amüsieren, won er jetzt bei monatlicher Hwangshaft ausreichend Zeit finden wird.

Engen Verhältnissen entleht, Willst Du im Leben etwas erreichen! Große Fische leben nie In kleinen Teichen.

großer Teil der Sachen von ihm geleistet worden ist. Von Jander werden nicht genau zu sagen, wo sie alle die Sachen gekauft habe. Der Vorsitzende läßt die Aussage des Anklägers protokollieren. Der Vorsitzende bemerkt, daß eine Anzahl sehr wertvoller Schmuckgegenstände, unter diesen verschiedene goldene Schmallen, vor Leistung des Offenbarungseides im Vermögensverzeichnis nicht angegeben seien. Angekl. von Jander: Die Aufstellung des Vermögensverzeichnisses muß ich die Schmallen überleben haben. Es kann doch nicht angenommen werden, daß ich Schmallen im Werte von 7 Mark verbergen wollte. Vorf.: Nun, es sind Schmallen im Werte von 14 Mark und darüber dabei. Nach Vernehmung des Kaufmanns v. Berlin über Bestellungen auf Kindergeräthe hält der Vorsitzende die Frau von Jander vor, daß sie am 7. September 1903 für 288 Mark Briefbogen mit Krone usw. bestellt habe. Angekl. von Jander: Hieraus ist doch deutlich zu ersehen, daß meine Frau Bestellungen gemacht hat, die nur eine gestiefelte Frau machen kann. Vorsitzender: Frau v. Jander, wie kamen Sie dazu, für 288 Mark Briefbogen usw. zu kaufen? Frau v. Jander: Ich wollte doch nicht eine Bestellung auf 14 Tage hinaus machen, zumal ich doch die Krone auf die Briefbogen drucken ließ. Staatsanwalt: Ich will bemerken, daß die Angekl. drei Tage nach dieser Bestellung den Offenbarungseid geleistet hat. Kaufmann Otto Geiß, in Firma Adolf Jahn-Berlin bekundet: Er habe den Auftrag ohne Bedenken ausgeführt. Da er trotz allen Mahnens kein Geld erhalten konnte, habe er gefällig, die schließlich beantragte Pfändung sei fruchtlos ausgefallen.

Nun wendet sich die Verhandlung dem Vermittlungskauf des Rittergutes Gräbichen

an. Vorsitzender: Angekl. von Jander: Sie sind im Mai 1898 als überzähliger Major und im Oktober desselben Jahres als Paravisionstomann zur des Pommerischen Infanterie-Regiments (Kraß Dönhof nach Jüseln) bestellt worden. In diese Zeit fällt das sogenannte Gräbichener Geschäft. Angekl. von Jander: Ich will zunächst bemerken, daß ich trotz vierzehnmönatlicher Untersuchungshaft über diese Angelegenheit nicht vernommen worden bin. Vorsitzender: Dreimal sind Sie darüber vernommen worden. Angekl. von Jander: Aber nicht in einer Weise, die geeignet gewesen wäre, meine Ehre herzustellen und mich zu entlasten. Vorsitzender: Dann gebe ich Ihnen jetzt Gelegenheit dazu. Angekl. von Jander: Mein alter Freund, der Generalmajor v. Dues aus Hildesheim, forderte mich auf, ihn in Hildesheim zu besuchen. Ich leistete der Aufforderung Folge. Dues überließ mir einen Korb Aktien zur Durchsicht. Ich erlah daraus, daß der Ankauf des Rittergutes Gräbichen bei Breslau ungemein vorteilhaft sei. Ich wußte Dues dafür zu interessieren. Dues wollte eine Aktiengesellschaft gründen und erlachte mich, ihm bei dem weiteren Kauf beizustehen. Eine solche Aktiengesellschaft konnte ich ohne Erlaubnis meines vorgelegten Behörde nicht annehmen. Da im Regiment 100 überzählige Offiziere waren, die nichts zu tun hatten, so gab mir der kommandierende General des 1. Armee-Korps die Erlaubnis, die Stellung anzunehmen. Das Rittergut wurde gekauft und eine Aktiengesellschaft zum Zwecke der Verzinsung des Terrains begründet. Nachdem dies Geschäft, für das sich alle Breslauer Großhändler aus lebhaftem Interesse, vorzogen war, glaube ich, Generalmajor Dues werde wir sagen: Nehmen Sie Ihren Abschied, ich werde Sie zum Direktor der Aktiengesellschaft ernennen. Anstatt dessen erklärte mir Herr Dues: Er wolle das ganze Terrain verkaufen, ich solle aber schließlich in einer großen Anteil an dem erzielten Gewinn erhalten. Das Rittergut wurde von Dues mit 1.200.000 Mark gekauft und für 2 Millionen Mark weiterverkauft. Ich habe von Dues 70.000 Mark in bar und 100.000 Mark in Aktien erhalten, unter der Bedingung, daß ich das Geld in der Hauptsache zum Ankauf des Rittergutes Schmögerle im Kreise Woklau verwende. Ich will nach hundert, daß ich mit dem Geld verschiedene Gläubiger befriedigt habe, unter anderem habe ich 10.000 Mark bezahlt. Ich muß bemerken, daß ich nicht einmal in der Lage war, meinem Herrn Verteidiger diese Angelegenheit näher genau auseinanderzusetzen, insbesondere zu begründen, weshalb ich das von Dues erhaltene Geld nicht zur Verzahlung meiner Schulden, sondern zum Ankauf eines Rittergutes verwendet habe. Verteidiger Justizrat Dr. Ramroth: Ich kann behaupten, daß mir die Sache in den Einzelheiten, wie sie Herr von Jander jetzt vorzutragen, bisher nicht bekannt war. Staatsanwalt: Diese Angelegenheit ist aber in sehr ausführlicher und sachlicher Weise in der Anklageschrift erwähnt. Verteidiger Justizrat Dr. Ramroth: Es war mir aber bisher nicht bekannt, daß das Rittergut Schmögerle geradezu auf Befehl des Generalmajors Dues gekauft worden ist. Der unwissende verlorbene Generalmajor A. Dues, dessen Aussage vorlesen wird, hat die Angaben des Angekl. im wesentlichen bestätigt. Er hat unter anderem bekundet, daß die dem Angekl. überwiesenen Aktien mit 77 Prozent verkauft worden seien.

Landgerichtsrat Firtle wird als Zeuge geladen.

Am weiteren Verlaufe der Verhandlung beklagt sich der Angekl. wiederholt, daß ihm in der Voruntersuchung keine Gelegenheit gegeben worden sei, sich über das Gräbichener Geschäft in einer Weise zu äußern, daß er begründen konnte, weshalb er das an dem Geschäft verdiente Geld, anstatt zur Verzahlung seiner Schulden, zum Ankauf eines Rittergutes verwendet habe. Staatsanwalt: Ich werde den Herrn Untersuchungsrichter als Zeugen laden. Ich beantrage außerdem, die drei in Betracht kommenden Vernehmungsvorträge zu verlesen. Angekl. von Jander: Ich gebe ja die drei Vernehmungen zu, ich wurde nur nicht in je eingehender Weise vernommen, wie es zu meiner Entlastung notwendig gewesen wäre. Vorsitzender: Jedenfalls ist es sehr eigenartig, daß Sie niemals zur Sache kommen, Generalmajor Dues habe Ihnen den Befehl erteilt, Schmögerle zu kaufen. Angekl. von Jander: Der Herr Untersuchungsrichter sagte mir: das Gräbichener Geschäft wurde nicht als Verkaufsmaterial benutzt. Nachdem hierauf noch Briefe und Tagebuchaufzeichnungen Janders zur Verlesung gelangt waren, aus denen hervorgeht, daß Jander selbst das Gefühl der Schuld befreit habe, tritt eine Pause ein.

Nach Übernahme der Verhandlung wird der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Firtle, als Zeuge aufgerufen. Dieser, ein großer, schlanker Herr von etwa 40 Jahren, mit schon gewöhnlichem dunklen Schnurbart, erscheint im Saale unter der höchsten Spannung des Publikums. Auf Antrag des Verteidigers Justizrat Dr. Ramroth wird Landgerichtsrat Firtle vom Vorsitzenden erwidert, vorläufig noch einmal den Saal zu verlassen, da er erst vom Staatsanwalt erfahren möchte, worüber der Untersuchungsrichter vernommen werden solle. Er wolle sich selbstverständlich alsdann darüber äußern. Staatsanwalt Dr. Schwederski: Ich beantrage, den Herrn Untersuchungsrichter zu vernennen: ob der Angekl. von Jander gefragt hat: er habe das Rittergut Schmögerle, nachdem er die Genehmigung des Angekl. von Jander eingekauft hatte, gekauft, 2. ob und in welcher Weise dem Angekl. von Jander Gelegenheit gegeben worden ist, sich über das Gräbichener Geschäft zu äußern, 3. in welcher Weise dem Angekl. von Jander im allgemeinen bei seinen vorläufigen Vernehmungen Gelegenheit gegeben wurde, sich über die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu äußern, 4. ob die Behauptung des Angekl. von Jander wahr ist, daß ihm vom Untersuchungsrichter nur gestattet war, in der Untersuchungshaft zu lesen, nicht aber auch zu schreiben, 5. ob es wahr ist, daß der Angekl. von Jander die ihm nachgemacht angelegte Briefperre durchbrochen und auf unerlaubte Weise mit der Augenweil korrespondiert hat. Verteidiger Justizrat Dr. Ramroth: Ich erachte die Vernehmung des Herrn Landgerichtsrats Firtle für vollständig überflüssig. Ob und in welcher Weise dem Angekl. Gelegenheit

gegeben wurde, sich verantwortung zu äußern, ist für den Gang der Verhandlung nicht so erheblich, daß es angezeigt wäre, die Geschworenen damit zu befragen. Wäre der Angekl. gefragt worden, ob es wahr sei, daß er auf unerlaubte Weise durch einen deshalb befristeten Aufseher vier Briefe aus dem Gefängnis an seine damals aus der Haft entlassene Frau geschickt hat, so hätte er das ohne weiteres zugegeben. Ich bin aber auch der Meinung, daß die Vernehmung des Herrn Untersuchungsrichters die Verhandlung unnötig in die Länge ziehen würde, denn ich wäre alsdann genötigt, dem Untersuchungsrichter noch eine Reihe von Fragen über die Art der Behandlung des Angekl. von Jander vorzulegen. Ich wäre ganz besonders geneigt, ihn von dem Angekl. von Jander verhaftet, längeres Schriftbild vorzulegen, in dem dieser ruhige und überlegte Mann in sehr anschaulicher Weise seine Eindrücke schildert, die er bei seiner Vernehmung bei dem Herrn Untersuchungsrichter empfangen hat. Ich beantrage also, die Vernehmung des Herrn Untersuchungsrichters als zur Sache unerheblich abzuziehen.

Die Vernehmung des Untersuchungsrichters abgeschlossen.

Nach etwa halbstündiger Beratung des Gerichtshofes verließ der Vorsitzende: Der Gerichtshof hat beschlossen: Die Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsrat Firtle, als Zeugen zu vernennen. (Große Bewegung im Zuschauerraum.) Landgerichtsrat Firtle bekundet: Er glaube, den Angekl. von Jander gefragt zu haben, wie er es rechtfertige, daß er das an dem Gräbichener Geschäft erhaltene Geld zum Ankauf von Schmögerle, anstatt zur Vermeidung seiner Gläubiger verwendet habe. Er glaube ferner, daß von Jander geantwortet habe: es sei der Wunsch geäußert worden, daß er das Gut kaufe. Angekl. von Jander: Ist dem Herrn Untersuchungsrichter erinnerlich, daß er mir sagte: Auf die Gräbichener Angelegenheit wird die Untersuchung nicht ausgedehnt? Zeuge: Das ist möglich. Ich habe nämlich einen Brief des verstorbenen Dues gefunden, in dem dieser dem Angekl. wegen des Gräbichener Geschäfts heftige Vorwürfe machte, und durch die Tagebuchaufzeichnungen des Angekl. von Jander, wonach er das Gräbichener Geschäft als ein unbedeutendes bezeichnete, gelangte ich zu der Auffassung: der Angekl. habe sich bei diesem Geschäft der Unstreue schuldig gemacht. Ich erachte aber diese Straftat für verjährt. Verteidiger Justizrat Dr. Ramroth: Haben Sie für diese Ihre Vermutung nähere Unterlagen? Zeuge: Nein. Verteidiger: Haben Sie nähere Nachforschungen angestellt? Zeuge: Dazu hatte ich umso weniger Veranlassung, da ich die Sache für verjährt hielt. Verteidiger: Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Tagebuchaufzeichnung, auf Grund der der Herr Untersuchungsrichter zu der Ansicht gelangt ist, der Angekl. habe sich der Unstreue schuldig gemacht, heute volle Aufklärung gefunden hat. Vorsitzender: Daß sich der Untersuchungsrichter eine Ansicht bildet, ist doch ganz selbstverständlich. Verteidiger: Das Schlimme ist bloß, daß sich der Untersuchungsrichter auf Grund gänzlich unbenutzter Dinge eine Meinung zum Schaden des Angekl. bildet. Staatsanwalt: Ich muß noch bemerken, daß gegen den Angekl. von Jander der Gräbichener Angelegenheit wegen auch ein Verfahren wegen wissentlichen Meineids geführt worden ist, aber eingestellt worden. Vorsitzender: Herr Landgerichtsrat, hat der Angekl. von Jander die mit ihm aufgenommenen Protokolle sämtlich genehmigt? Zeuge: Die Vernehmung des Angekl. von Jander war, wie fast bei allen redogewandten Leuten, sehr schwierig. Er machte alle möglichen Einwendungen und suchte gewöhnlich den Kern der Vernehmung zu umgehen, er hat aber schließlich alle Protokolle genehmigt. Verteidiger Justizrat Dr. Ramroth: Der Angekl. von Jander hat mir mitgeteilt: das mit ihm aufgenommene Protokoll wurde so schnell verlesen, daß er nicht folgen konnte! Zeuge: Ich kann mir erwidern, daß der Angekl. von Jander gegen das Protokoll keine Einwendungen gemacht hat. Der Angekl. von Jander bezeichnet die gegen ihn in der Gräbichener Angelegenheit eingegangene Temunziation wegen wissentlichen Meineids als „unberichtigte Verleumdung“.

Gegen 3 Uhr Nachmittags wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Arbeiterbewegung.

Ein Sieg der Organisation! Die seit neun Wochen andauernde Auslieferung der Banarbeiter in Planegg (Oberbayern) und des gesamten Württemberg endete mit einem vollständigen Siege der Arbeiter. Der Erfolg ist um so höher anzuschauen, als es sich hier durch die Hand um ländliche Banarbeiter handelte.

Die baugewerblichen Hilfsarbeiter in Nürnberg und Umgebung eingetretet. In der bereits eingeleiteten Tarifvorlage wird ein Mindestlohn von 45 Pfa. gefordert, der am 1. Januar 1907 auf 50 und am 1. Juli 1907 auf 75 Pfa. erhöht werden soll; ferner Zuschlag von 150 Mark für Ueberlastungsarbeit, mögliche Einschränkung der Liebestunden und Sonntagsarbeit, wo sie nicht zu umgehen ist, doppelte Bezahlung, für Wasserarbeiten 25 Pfa., für Tiefbauarbeiten 10 Pfa. Zuschlag pro Stunde, Anschlag der Kündigung, Arbeitszeit wie bei den Maurern (8 Stunden), Abschaffung der Affordarbeit und der Franenarbeit auf allen Baustellen, Ausschluß aller Sonderverträge, Freigabe des ersten Mai.

Der Kampf der Schlichter für die Sonntagsruhe. Die Fleischergewerkschaften Berlins haben mit ihrem Beschluß, über die Innehaltung der Sonntagsruhe im Gewerbe strenge Kontrolle zu üben, Ernst gemacht. In vier Berliner Stadtteilen ist bereits der Lieberwunderschießplatz bis ins einzelne organisiert. Am letzten Sonntag wurden 30 Kontrollposten nach Weisungen beordert. Sie haben dort nicht weniger als 60 Fälle von Uebertretung der Sonntagsruhe festgestellt, die am Montag von der Organisation der Polizeibehörde und der Gewerkschaften angezeigt wurden. Die bisherigen Anzeigen hatten den Erfolg, daß in den davon betroffenen Geschäften jetzt keine Verkäufe gegen die Sonntagsruhe-Bestimmungen mehr zu verzeichnen sind.

Die Rechte des Siegers sollen nach der Rhein-Westf. Zeitung die Dortmunder Straßenbahnen führen. Nach ihr hat die Dortmunder städtische Verwaltung von den streikenden Straßenbahnen etwa 60 wegen früherer „schwerer“ Dienstvergehen nicht wieder eingestellt. Die übrigen haben den Dienst in den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Sie sind vorläufig nur probeweise und gegen Tagelohn angestellt. Die Verwaltung geht mit dem Gedanken um, sämtliche Posten mit Militäranwärtern zu besetzen. Und diese unerhörte Schamacherpolitik wird unterstützt durch das Stadtparlament! Da erkennt man die ultramontane Arbeiterfreundlichkeit!

Kämpfe der Arbeiterschaft in Colmar (Els.). Aus dem Reichsland schreibt man uns unterm 20. Juni: In einer tiefgehenden Bewegung steht zurzeit die Arbeiterschaft von Colmar im Elsaß. Die dortige Organisation ist noch verhältnismäßig jung, so daß die Bewegung neben ihrer eigentlichen praktischen Bedeutung auch darum eine besondere Aufmerksamkeit verdient, weil sie eine Probe aufs Exempel sein wird. Eine Sperr, die seitens der Gewerkschaft der Holzarbeiter über eine Werksstätte verhängt worden ist, veranlaßte die Tischlermeister, eine allgemeine Aussperrung zu beschließen. Die Zimmerer haben sich, da der bereits unterzeichnete Tarifvertrag von den Arbeitgebern nicht eingehalten worden ist, ebenfalls entschlossen, in einen Kampf einzutreten. Die Arbeiter haben die Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung aufgestellt, und, da die Forderung abgelehnt wurde, gekündigt. Der Verband der Maler, Lackierer usw. hat ebenfalls keine Forderungen aufgestellt und um 5 Prozent pro Stunde eingereicht. Der Kampf verspricht in allen den genannten Arbeiterkategorien sehr heftig zu werden. Welche Ausdehnung er noch nehmen wird, ist vorläufig gar nicht abzusehen.

Um den Kampffonds des Buchbinder-Verbandes zu stärken, wird neben dem Vorstand und Ausschuss des Verbandes eine Extrasteuer von 20 Pfa. pro Woche für männliche und 10 Pfa. für weibliche Mitglieder aufgeschrieven. Daneben sind Sammellisten ausgegeben zur fleißigen Bemühung für alle, die die Buchbinder in ihrem schweren Kampfe unterstützen wollen. Ein internationaler Konvent der Gutarbeiter ist auf den 13. August und die folgenden Tage nach Frankfurt a. M. einberufen worden. In Madrid sind die Wähler in den Generalausstand getreten. Der holländische Gewerkschaftsverband sieht die Zahl der ihm angeschlossenen Verbände um einen erhöht. Ein Referendum unter den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes ergab 305 Stimmen für den Anschluß beim Gewerkschaftsverband und 162 dagegen, bei 67 Stimmenthaltungen. Die letzte Jahresversammlung des Metallarbeiter-Verbandes hatte diesen Anschluß abgelehnt, qualifizierte aber beschließen, endgültige Entscheidung dem Referendum zu überlassen. Der Sitz des Verbandes wird nach Amsterdam verlegt. Von den 120 Mitgliedern der Zahlstelle Amsterdam stimmten 117 ab und zwar 101 für den Gewerkschaftsverband.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Juni 1906.

Im Rentenfeststellungsverfahren

spielen die unteren Verwaltungsbehörden eine überaus wichtige Rolle. Leider findet aber bisher ihre Tätigkeit zu wenig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, es fehlt ihr noch zu sehr der kontrollierende Apparat der öffentlichen Kritik. Hätte die Öffentlichkeit einen Einblick in diese Tätigkeit, dann würde, wie uns ein Beisitzer der unteren Verwaltungsbehörde schreibt, die Verwunderung über die kürzlich von uns besprochenen Gutachten der Dr. Meibius und Meridies bald verschwinden oder aber man würde aus der Verwunderung gar nicht mehr herauskommen, da fast sämtliche Gutachten der Vertrauensärzte unserer Landesversicherungsanstalt nicht besser aussehen.

Die Gutachten wimmeln meist von Widersprüchen und haben am Schlusse fast alle das eine gemeinsam, daß der betreffende Rentennachsucher nach Meinung des Arztes noch imstande ist, das vorgeschriebene Drittel seines ehemaligen Durchschnittseinkommens zu verdienen. Draufsch wirkt dies vor allem dann, wenn der Invalidentrente Nachsuchende selbst ein Gutachten eines anderen Arztes beim Antrag einbringt. Dieser Arzt bescheinigt z. B. nach bestem Wissen und Gewissen, daß er bei der Untersuchung folgende zehn Gebrechen an seinem Patienten gefunden habe (folgt Angabe) und daß Patient infolge derselben vollständig erwerbsunfähig im Sinne des Alters- und Invalidengesetzes sei. Der darauf im Auftrage der Versicherungsanstalt den Antragsteller untersuchende Arzt findet aber meist einige der Gebrechen nicht vor und hält die anderen für sehr untergeordneter Natur, die in 90 von 100 Fällen keines Erachtens nicht genügen, um den Antragsteller erwerbsunfähig zu machen.

Leichte Arbeit, die nicht andauerndes Behen oder Stehen erfordert, kann derselbe noch verrichten, so lautet gewöhnlich das Resümee, daß der Vertrauensarzt aus seiner Untersuchung zieht. Ein Beispiel: der erste Arzt bescheinigt neben anderen Leiden chronischen Lungenkatarrh, Herr Dr. Legal als Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt stellt diesen in Abrede, muß aber, nachdem die Antragstellerin zur Beobachtung im Frankenhause der Tuberkuloseanstalt war, das Vorhandensein von Tuberkelbazillen im Auswurf derselben feststellen, trotzdem: — noch nicht erwerbsunfähig.

Weißt ist ja nun die Zeit, die den Besitzern der unteren Verwaltungsbehörden zur Verfügung steht, nicht so lang bemessen, daß genaue Einsicht in die Akten und damit der Gutachten genommen werden kann, aber was da vorlesen wird, ist alles dem angeführten Falle bezweifelst ähnlich.

Was aber alles zur Ablehnung eines beantragten Heilverfahrens führen kann, das zeigt der folgende erst kürzlich vorgekommene Fall. Schreibt da der untersuchende Arzt, es war wohl Herr Dr. Hauschild, zur Einleitung eines Heilverfahrens halte er den Antragsteller nicht für geeignet, da derselbe bereits mit 3 Monaten Gefängnis vorbestraft ist. Punktum! Und die Sache wirkt noch eigenartiger, wenn man erfährt, was denn dem Antragsteller jene drei Monate eingebracht hatte. Er hatte Brennholz vom Bau mitgehen heißen und, da er bereits wegen desselben Deliktes vorbestraft war, die hohe Strafe erhalten! Deshalb also soll der arme Teufel kein günstiges Objekt für Einleitung eines Heilverfahrens sein? Wer laßt da?! Was in aller Welt hat seine Bestrafung mit seinen Anrechten aus dem Invalidenversicherungsgesetz zu tun? Man sieht, daß es den „Rentensüchtigen“ wirklich nicht leicht gemacht wird, in den Gewuß einer Rente zu gelangen. Und doch sollte man der Meinung sein, daß gerade die Herren Vertrauensärzte der Anstalt da, wo eine wirkliche Invalidität vorliegt, diese ruhig anerkennen müßten, und nicht so schematisch, wie das leider die Erfahrungen der meisten Beisitzer werden bestätigen müssen, alle Anträge ablehnen sollten. Und ebenso leicht wird den Rentenempfängern auch wieder die Rente entzogen, auch in Fällen, wo absolut keine Veränderungen oder Besserung im Zustande derselben nachgewiesen werden kann.

Wir möchten hierzu bemerken, daß es die Pflicht der Beisitzer wäre, öfters ihre Erfahrungen aus der Praxis der unteren Verwaltungsstellen an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sind überzeugt, die öffentliche Kritik würde mit manchen Uebelständen bald aufräumen.

Gegen die Ausbeutung der Kaufmannslehrlinge deren Vorhandensein von der Handelskammer und anderen kaufmännischen Berufsorganisationen natürlich geleugnet werden wird, richtet sich eine Verfügung des Handelsministers an die Regierungspräsidenten. Die Verfügung stellt zunächst fest, daß nach einer größeren Anzahl an den Bundesrat gerichteter Eingaben in vielen kaufmännischen

Geschäften die Zahl der Lehrlinge im Mißverhältnis zu Umfang und Art des Betriebes stehe, so daß die Arbeitgeber gar nicht imstande wären, den ihnen vom Handelsgesetzbuch auferlegten Verpflichtungen zur Ausbildung der Lehrlinge nachzukommen. Die unteren Verwaltungsbehörden schritten aber nur in seltenen Fällen dagegen ein, obgleich ihnen die Gewerbeordnung dazu eine genügende Handhabe bieten würde.

Die Ermittlungen des Ministers haben nun ergeben, daß diese Klagen nicht völlig unbegründet zu sein scheinen. Deshalb sollen die Regierungspräsidenten dafür sorgen, daß die unteren Verwaltungsbehörden der Ausführung der ihnen nach der Gewerbeordnung zustehenden Befugnisse ihre besondere Sorgfalt zuwenden. Auch sollen die unteren Verwaltungsbehörden darauf hingewiesen werden, daß ihnen zur Erstattung von Gutachten und zur Aufklärung bestehender Zweifel in den Kaufmannsgerichten paritätisch besetzte Organe zur Verfügung stehen.

Es muß schon schlimm mit der Lehrlingsausbildung im Handelsgewerbe stehen, wenn der Minister Veranlassung nehmen muß, dagegen einzuschreiten. Ob Handelskammer und „Breslauer Zeitung“ auch hier es wagen werden, von sozialdemokratischer Entstellung und Unverschämtheit zu reden?

*** Vom Kampf um die Rente.** Das Breslauer Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hat in seiner Sitzung vom 20. Juni nicht weniger als 12 Fälle aus der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und 10 Fälle aus der Invalidenversicherung verhandelt, von denen einige ihres allgemeinen Interesses Erwähnung finden mögen.

Die Tochter des verstorbenen Zimmermeisters Nidel im Trebnitzer Kreise beauftragte den Berufsgenossen das Sterbegeld für ihren Vater, der am 3. Oktober v. J. dadurch tödlich verunglückte, daß er bei einem Gange auf den Heuboden die Bodentreppe herabstürzte. Der Kreis-Ausschuß hatte den Antrag der Tochter abgelehnt, weil ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall als nicht vorliegend erachtet wurde und weil der Feuertod, der ein notorischer Alkoholiker gewesen, auch am Unglückstage stark angerufen gewesen sei. Die Besizerin behauptete, daß der Mann auf den Boden gestiegen sei, um Hen für die Pferde zu besorgen, ein harter Trinker sei er gewesen. Das Schiedsgericht verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung des Sterbegeldes. Es wurde ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall angenommen, bei dem, ob ein Verschulden des Verstorbenen vorliege oder nicht, garnicht geprüft zu werden braucht.

Der Arbeiter Christian Lech im Kreise Groß-Wartenberg hat sich am 11. Februar 1905 im Betriebe das linke Auge schwer verletzt. Der arme Mann hat den Verlust des Auges zu beklagen. Der Kreis-Ausschuß bewilligte ihm anfänglich eine Unfallrente von 40 Prozent. Später jedoch wurde die Rente nach einem ärztlichen Gutachten auf die Hälfte herabgesetzt. Der Verletzte sollte sich mit 20 Prozent begnügen. Die Besizerin bestand darin, daß die Entschädigung nachgelassen hätte, das Auge selbst war aber doch verloren. Sanitätsrat Dr. Bogatsch, der in der Sitzung als Vertrauensarzt fungierte, plaidierte für eine Rente von 30 Prozent, mit 20 Prozent sei der Verlust eines Auges noch nie eingeschätzt worden. Das Schiedsgericht bewilligte 30 Prozent.

Die Hausfrau Viktoria im Wohlauer Kreise hat sich beim Anklagen von Lupine den Handteller und den Unterarm sehr schwer verletzt. Die alte Frau hatte schrecklich zu leiden. Die Beweglichkeit der Glieder war stark beeinträchtigt, so daß sie vollständig arbeitsunfähig wurde. Es wurden der Frau 60 Prozent Unfallrente bewilligt, diese aber einige Zeit später auf 50 Prozent herabgesetzt. Da sich das Leiden aber immer verschlimmerte, nicht besserte, erhielt sie wieder 60 Prozent. Bei einer Nachuntersuchung stellte der Kreisarzt Dr. Mühlbach wieder eine Besserung fest und zum dritten Male wurde die Rente auf 50 Prozent herabgesetzt. Wegen der Erhaltung der Frau Dr. Bogatsch konnte die Auffassung des Dr. Mühlbach nicht teilen, daß eine Besserung des Leidens, die zu einer Verminderung des Rentenbezuges führen könnte, bei der Frau eingetreten sei. Die Hand sei vollständig gebrauchsunfähig, auch sei die Verletzte am Gehen stark behindert. Das Schiedsgericht bewilligte 60 Prozent. — Wie lange aber wird es dauern, und man wird die Rente auf 40 Prozent herabsetzen.

Frau Anna Seider im Schweidnitzer Kreise hat vor etwa fünf Jahren einen schweren Unfall erlitten, sie ist von einem Fuhrwerk überfahren worden. Es trat eine Quetschung des Unterleibes ein. Die Folgen dieses Unfalls waren schrecklich, erst nach und nach konnte sie sich aus dem Gehen gewöhnen und heute noch muß sie, um sich zu bewegen, das Bein nachschleppen. Die Frau erhielt eine sehr niedrige Rente von 25 Prozent, im Jahre 1903 verunglückte sie zum zweiten Male und erhielt auch für den zweiten Unfall 25 Prozent. Von der ersten Rente sollen ihr aber jetzt 10 Prozent abgezogen werden, weil nach Ansicht des beauftragten Arztes eine Besserung eingetreten sei. Dr. Bogatsch bemerkte zu diesem Fall, daß hier von einer wesentlichen Besserung nicht die Rede sein könne. Der Fall liege sehr kompliziert, die Frau sei in der Unfallzeit für Unfallverletzte behandelt worden. Die führenden Funktionen der Muskel beständen noch fort und behinderten das Gehen sehr stark. Die Frau sei immer noch im Gewerbe erheblich geschädigt. Das Schiedsgericht schloß sich diesem Gutachten an und die Rente wird nicht gekürzt.

Aus der Invalidenversicherung führen wir einen Fall an, der nicht zu den alltäglichen gerechnet werden kann. Der Arbeiter Karl Gärtner in Breslau beantragte die Gewährung von Invalidenrente. Die Landesversicherungsanstalt hat das Gesuch abgelehnt. Das Drittel seines bisherigen Verdienstes von 280 Mark könnte der Mann trotz seines Leidens noch verdienen. Der Arbeiter hat ein chronisches Nierenleiden nach dem Gutachten des Dr. Tempel und laboriert an schwacher Atmungsstörung, die Folge davon ist, daß der Mann fortwährendes Drängen nach Stuhlgang hat. Dr. Tempel hielt den Mann, obwohl im Gewerbe stark beeinträchtigt, aber immer noch befähigt, leichte Arbeiten zu verrichten und 280 Mark zu verdienen. Der Kläger erkrankte kein schweres Leiden und behauptete, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß er noch ein Drittel seines bisherigen Verdienstes haben könne, weil ihn niemand einstelle. Die Landesversicherungsanstalt halte ihn für fähig, als Bauarbeiter sein Brot zu verdienen, bei seinem Leiden sei das ganz unmöglich, denn er müßte die Arbeit fortwährend unterbrechen. Das Schiedsgericht entsprach jedoch dem Antrage der Landesversicherungsanstalt auf Abweisung, indem es sich dem ärztlichen Gutachten anschloß.

*** Das Wegwerfen von Obstresten.** Die Obstkiste hat wieder begonnen. Aus diesem Anlaß ergibt durch den Polizeivordenten von Breslau in seinem Amtsblatte folgende Bekanntmachung: „Sehr häufig werden Unfälle dadurch hervorgerufen, daß von dem Publikum, besonders von Kindern, Obstreste, Schalen oder Kerne auf die Bürgersteige und Straßen der Stadt geworfen werden, und daß die auf solche Abgänge tretenden Personen ausgleiten und hinfallen. Ich weise hierdurch darauf hin, daß das Auswerfen solcher Gegenstände, wenn dadurch ein Unfall hervorgerufen wird, eine Bestrafung wegen fahrlässiger Körperverletzung, sowie die Verpflichtung zum Ersatz alles durch den Unfall hervorgerufenen Schadens zur Folge haben kann. Aber auch wenn ein Unfall hieraus nicht entsteht, ist dieses Auswerfen als eine Verunreinigung der Straße anzusehen und durch § 106 der Polizeiverordnung vom 23. März 1891 über den Straßenverkehr in der Stadt Breslau unterlag. Ich fordere daher insbesondere alle Eltern auf, ihre Kinder vor dem Wegwerfen dieser Abgänge zu warnen.“

*** Einen Ausschuss für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten** haben bekanntlich seit einer Reihe von Jahren die hiesigen christlichen Arbeitervereine gebildet. Da sie offenbar nichts anderes zu tun haben und schließlich auch einsichtig genug sind zu erkennen, daß bei der Beschäftigung mit sozialen Fragen nach ihrer Art doch nichts Vernünftiges herauskommt, so beschränken sich die Herren darauf wenigstens kräftig in Patriotismus zu machen. So sind sie auch aus Anlaß der bevorstehenden Kaisermandate mit den hiesigen Innungen und den Arbeitervereinen in einen üblichen Wettbewerb getreten und haben beschlossen, an der Spalierbildung teilzunehmen. Uns soll es schon recht sein, wenn diese Arbeiter ihre Zeit auf solche Sachen verwenden, wenigstens werden sie abgehalten, sich mit Angelegenheiten zu beschäftigen, von denen sie doch nichts verstehen.

*** Die Bautätigkeit der Stadtgemeinde** war im April dieses Jahres eine immerhin ziemlich rege. Ausschließlich der städtischen Gas- und Wasserwerke wurden in jenem Monat an städtischen Bauten 329 Maurer, 54 Zimmerleute, 296 Handwerker verschiedener Kategorien und 817 Arbeiter, zusammen 1496 Personen, beschäftigt. Hier von waren beim Hochbau 1020, beim Tiefbau 239 und beim Kanalbau 237 Personen beschäftigt. Die größeren Hochbauten der Stadt waren das Volksschulhaus 2 an der Kirchhofstraße (Pöpelwitz), das Schulhaus 2 auf den Gabelgärten, die Erweiterung der Feuerwache an der Elbingsstraße, das Schulhaus auf der Kleckaustraße, das Schulhaus und die Turnhalle an der Rindsenstraße, das Schulhaus auf der Kreuzstraße, der Neubau der Gasanstalt in Dierbach, der Neubau des Pumpwerkes Horkstraße, und der Neubau des Laboratoriums zur Königl. Maschinenbauschule.

*** Kriegsteilnehmer und Militärpensionäre.** Die neuen Militärpensionsgesetze treten am 1. Juli in Kraft. Um den vielen Anträgen an Abordnete, Arbeitervereine usw. in allgemeiner Form zu antworten, sei an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Gesetze auf sämtliche Kriegsteilnehmer, pensionierte Offiziere, Unteroffiziere und rentenberechtigten Angehörige des Heeres, der Marine und der Schutztruppen rückwirkende Kraft vom 1. April 1905 ab haben. Aber seit der Zeit vom 1. April 1905 bis zum 1. Juli 1906 werden keinerlei Nachzahlungen geleistet. Etwa zu beziehende höhere Rentenbeträge werden vielmehr ohne Ausnahme erst vom 1. Juli d. J. ab gezahlt. Eines besondern Antrages auf Ermäßigung eines höheren Rentenbetrages vom Juli ab bedarf es nicht; die Militärbehörden prüfen vielmehr von Amis wegen, in welchen Fällen die höheren Pensionsbezüge, Versümmelungszulagen usw. zu gewähren sind.

Bei der Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß in Nr. 1 der Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ein „Führer durch die neuen Militärpensionsgesetze“ erschienen sind, auf den wir schon jetzt alle Interessenten aufmerksam machen. Zugleich erinnern wir auch an die bisher in dem gleichen Verlage erschienenen Gesetzbücher. Es sind zu haben:

- Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht . . . 30 Pf.
- „ Krankenversicherungsrecht . . . 30 „
- „ Invalidenversicherungsrecht . . . 30 „
- „ die Landgemeinde-Ordnung . . . 30 „
- „ für den Wittwenpflichtigen . . . 30 „
- „ durch die Strafprozeßordnung . . . 40 „
- „ das Unfallversicherungsrecht . . . 25 „
- „ Bau-Unfallversicherungsrecht . . . 25 „
- „ Unfallversicherungsrecht für Forst- und Landwirtschaft . . . 25 „

Bestellungen auf sämtliche Führer nimmt jede Buchhandlung, selbstverständlich auch die „Volkswacht“ und jeder ihrer Kolportiere und Zeitungsaussträger entgegen.

*** Mit unserem Breslauer Leitungswasser** hat sich in seiner letzten Sitzung auch wieder der hiesige Bezirksverein der sächsischen Chemiker beschäftigt. Dabei führte Generaldirektor Doktor Richter unter der Zustimmung der Versammlung aus, daß eine wirksame Befestigung des jetzigen Wasserleitungsnetzes nur auf zwei Arten möglich sei. Man müsse entweder das Terrain, aus dem das Grundwasser entnommen werde, dermaßen vergrößern, daß sich durch das Auspumpen der Grundwasserstände kaum merklich verringere und jede Wasserentnahme beständig durch neuen Zufluß ersetzt werde, oder man müsse das jetzt vorhandene kleinere Terrain durch Oberwasser bereichern, sodas hinreichend viel Wasser in das Erdreich dringe. Die Ausführung des ersten Vorschlages würde wahrscheinlich an der Kostenfrage scheitern. Ob der zweite praktisch sei, wisse er nicht; er glaube jedoch, daß er mit der Zeit zu einem guten Ziele führen würde, wenn auch in den ersten Jahren das durch den Eintritt von Luft in die Brunnenleitungen ersetzte Mangan immer noch sein böses Spiel treiben dürfte. In einer Stadt, die eine ähnliche Wasseranlage wie Breslau besitzt, sei so viel Wasser aus den Brunnen gepumpt worden, daß der Wasserstand 0,4 Meter unter das Niveau sank. Der Vertreter des Wasserwerkes einer großen Stadt habe das sehr getadelt und als Neubau bezeichnet. In Breslau aber sei man infolge der Trockenheit gezwungen gewesen, die Sammelbehälter 9 bis 10 Meter tief auszuheben, und darin sei die Ursache des Uebels zu erblicken. Der Vorsitzende teilt mit, daß in neueren Jahren in Dömitz, Rastow und anderen Orten in der Umgebung Breslaus neuerdings Mangana vorhanden sei. Er warf ferner die Frage auf, ob es nicht vielleicht möglich wäre, ein großes Röhrennetz für Wasser herzustellen. Mit Hilfe eines solchen Netzes ließe sich die Wasserfrage am besten lösen. Man würde dann zum Oberwasser zurückkehren, würde es durch zwei Filteranlagen möglichst rein machen und dann in die Kühlanlage leiten, in der es, bis zu 10 Grad abgekühlt, in die Leitungsröhren befördert werde. Die Versammlung war der Ansicht, daß dieser Gedanke einer eingehenden Erwägung wert sei.

*** Größeren Firmen mit lebhaftem Paketverkehr** wird seit einigen Jahren von der Post gestattet, die anzuliefernden Pakete postfertig, d. h. mit Aufgabzetteln besetzt und gewogen, bei den Paketannahmestellen aufzugeben. Diese Einrichtung, von der auch in Breslau in ziemlichem Umfange Gebrauch gemacht wird, bringt wesentliche Vorteile mit sich, für den Abnehmer wie für das übrige Publikum, durch die Vereinfachung und Beschleunigung des Annahmeprozesses und der Weiterbeförderung. Eine möglichst umfassende Verteilung der Geschäftskunden an dem Verfahren liegt daher im allgemeinen Verkehrsinteresse. Die Post liefert kostenlos die Aufgabzettel mit dem Ansdruck jeder sich anschließenden Firma.

*** Die Umgestaltung des alten Militär-Friedhofes** an der Feldstraße schreitet rüstig weiter. Alle Denkmäler, auf die von den überlebenden Angehörigen der dort Verstorbenen berechnete Ansprüche rechtlich geltend gemacht worden sind, werden von den Grabstätten entfernt und auf dem städtischen Friedhof vorläufig noch bestehen bleibt, ausgeführt. Auch die Grabarbeiten für den Platz des Clauswitz-Denkmal haben begonnen. Bemerkenswert wollen wir noch, daß der in der Nähe des Einganges an der Klosterstraße sich erhebbende etwa 4 Meter hohe kantonische Obelisk, der genau so gestaltet ist, wie das protestantische Clauswitz-Denkmal zur Erinnerung an die bei den Maitämpfen des Jahres 1849 auf dem Breslauer Straßen gefallenen Offiziere und Mannschaften errichtet ist.

*** Einzahlungskurs für Postanweisungen nach dem Auslande.** Vom 1. Juli ab wird der Einzahlungskurs für die in

der Krankenversicherung anzustellenden Postanweisungen (nach Belgien, Frankreich, Italien usw.) auf 100 Francs gleich 81,40 Mk. für die Postanweisungen nach Rumänien auf 100 Lei gleich 81,40 Mk., und für die in britischer Währung auszustellenden Postanweisungen (nach Großbritannien, den meisten britischen Kolonien) auf 10 Pfund Sterling gleich 205 Mk. festgesetzt.

*** Vorgeschiedliche Fände** hat man dieser Tage auch in der Nähe unseres Nachbarortes Cosel gemacht. Dort stehen Arbeiter beim Sandschichten auf ein Urnenfeld. Unser Schlesiendes Museum für Kunstgewerbe und Altertümer hat für eine fachgemäße Ausgrabung bereits Vorkehrungen getroffen.

*** Ferienbesuche nach Wien.** Auch in diesem Jahre gehen von Breslau aus Sonderzüge nach Wien und zwar von Breslau nach Wien am 6. zum 7. Juli über Breslau-Oberberg und von Breslau aus am 5. und 7. Juli. Die Abfahrt erfolgt von Breslau (Hauptbahnhof) am 5. und 7. Juli, Vorm. 7,05 Uhr, von Ratibor 10,06, von Oberberg 11,40 Uhr. Die Ankunft in Wien (Nordbahnhof) erfolgt um 6,28 Uhr Nachmittags. Der Preis beträgt für Breslau 17,80 Mk. in der 3. Klasse. Kinder unter 4 Jahren werden frei, Kinder unter 10 Jahren zum halben Preise befördert. Die Stillhaltebauer der Karten beträgt 45 Tage.

*** Breslauer Sommertheater.** Vielfache Anfragen beantwortend, teilt die Direktion mit, daß das Gastspiel der Frau Eysoldt, sowie der Herren Steinrück und Hartan am Dienstag, den 3. Juli: „Erde und Meer“, Mittwoch, den 4. Juli: „Kora“ und Donnerstag, den 5. Juli: „Erde und Meer“ stattfinden.

*** Verlosungsarbeiten in Breslau-Morgenaus.** Für das am Sonntag, den 24. d. Mts., stattfindende Rennen macht sich bereits eine rege Nachfrage nach Eintrittskarten bemerkbar, sodas auf einen großen Besuch zu rechnen ist. Die engagierten Dauerfahrer sind bereits mit einem Training hinter den Motoren beschäftigt. Der Start von Richard Schuermann, der in München bei den Verlosungsarbeiten sehr gut abschnitt, ist sicher. Programme mit angehefteten Losen sind im Verlosungsbureau Parash und in den durch Plakate kenntlichen Rigareneschäften zu haben.

*** Vom Dömitzer Friedhofe.** Der Dömitzer Friedhof hat in einer Länge von hundert Metern einen schönen schmiedeeisernen Raus erhalten, der auf kleineren Entfernungen und von gemauerten Wällen unterbrochen wird. Im nächsten Jahre wird der Rest des Raus fertiggestellt werden. Die neuen Anlagen auf dem Friedhofe entwickeln sich in gebührender Weise. In Zukunft soll übrigens ein Teil derselben auch als Militärfriedhof dienen.

*** Lebenswäde.** Ein Bahnarbeiter, der seit acht Tagen von seiner Freiurgerstraße 28 wohnende Frau getrennt lebt, fand sich am 20. d. M. Morgens in der Wohnung ein, schrie auf den Tisch: „Ich scheide für immer“ und ging dann in den Keller, wo er sich erhängte.

*** Ein Automobil Marke „Opel“** 9 HP. K. 1065 im Werte von 3000 Mk. wurde einem hiesigen Kaufmann gestohlen.

*** Von einem Radfahrer umgefahren** wurde am 19. d. M. auf der Sandstraße ein 13 Jahre alter Knabe. Er erlitt zwei schwere Wunden am linken Arm.

*** In die Ohre.** Am 20. d. M. sprang ein obdachloser Arbeiter bei der Ohlauer Chaussee in die Ohre und erkrankte. Die Leiche wurde bald gefunden und der Anatomie angeführt.

*** Verurteilt** wird seit mehreren Tagen der 18 Jahre alte Gartenarbeiter August Jochims, Kaiser Wilhelmstraße 185.

*** Polizeiliche Mitteilungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. M. 22 Personen eingeliefert.

*** Gefunden** wurden: ein goldenes Medaillon, eine silberne Uhr mit Kette, ein Sommerhütechen, eine Rolle Dachpappe und eine Paaruhrente mit goldenem Beschlag.

*** Abhanden** kamen: eine silberne Brosche, eine goldene Damen-uhre und ein Schirm.

*** Gestohlen** wurden: aus einem Schulhaus drei Regenschirme, einer Stellenbesitzerin auf dem Ring ein zweirädriger Handwagen; aus einer Wohnung auf der Fürstentstraße ein Winterüberzieher, ein Tadelnagel, eine Uhr und eine Nadelkiste, einem Restaurateur von der Bischofsstraße aus dem Keller 43 Würste, aus einer Restauration auf der Weinstadt drei Billardbälle.

Aus den Gerichtssälen.

Der Naturfreund mit dem Krückstock. Der Rittergutsbesitzer Kurt Frömsdorf aus Tschelchitz ist ein Naturfreund, wenigstens so wie er sich das vorstellt. In Wirklichkeit sieht ihm aber recht viel zu dieser lässlichen Eigenschaft. Erfahrungsgemäß sind wahre Naturfreunde bekanntlich in erster Reihe Menschenfreunde, und vor allem Kinderfreunde. Frömsdorf dagegen mußte sich kürzlich vor dem Schöffengericht in Wenzig verantworten, weil er eine harmlose Kinderstube mit seinem dicken Krückstock gepörrt hatte. Es war gegen ihn deswegen auf eine Geldstrafe von 90 Mk. erkannt worden. Die von ihm gegen das Urteil eingelegte Berufung beschaffte nun die Strafkammer in Breslau. Der Sachverhalt ist folgender: Der Angeklagte besitzt mehrere Waldwiesen. Eines Tages im März machte Frömsdorf, daß sich zwischen dem Erlengestrüpp, wie schon oft, wieder einige Kinder aufhielten, die dort Schneepflücker pflückten. Wie er angab, ärzte ihn das, da er ein großer Blumenfreund sei. Er befahl deshalb seinem Förster die ganze Herde Kinder, 11 an der Zahl, zu sich heran zu bringen. Dieser führte den Befehl unter Zuhilfenahme seines Hundes aus, und Frömsdorf nahm nun die Kinder, eins nach dem andern, Knaben wie Mädchen vor und schlug sie ohne Ausnahme je zweimal mit seinem Stock derb auf das Gesäß. Die Eltern von beiden der Kinder liefen durch ärztliche Mittel feststellen, daß die Kinder acht bis zehn Zentimeter lange und 1 1/2 Zentimeter breite blutunterlaufene und geschwollene Striemen erlitten hatten, sodas sie in den nächsten Tagen wieder ordentlich laufen noch fügen konnten. Sie liegen darauf durch den Gen darmen Strafantrag stellen. Der Angeklagte behauptet, daß der beantragte Gen darm den Strafantrag nicht formgerecht gestellt habe, sodas überhaupt kein Strafantrag vorliege. Ein solcher sei aber erforderlich gewesen. Denn da er bei der Anwendung des Stockes durchaus „sachgemäß“ verfahren sei, könne dieser nicht als gefährliches Werkzeug angesehen werden, ebensowenig wie die Schmielen als gefährliche Körperverletzung anzusprechen seien. Es könne also nur eine fache Körperverletzung in Frage kommen, für die ein Strafantrag erforderlich sei. Aus diesem Grunde verlangt die Berufung des Angeklagten Freisprechung. Die Strafkammer konnte aber den Gründen Frömsdorfs sich nicht anschließen, sie verwarf die Berufung, sodas es bei 90 Mk. Geldstrafe bleibt.

Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Der Kanonier Felix Stöck vom Artillerie-Regiment 42 in Schwidnitz befand sich zu Ostern auf Urlaub in Domb in Obereschlesien. Er geriet am Oersonabend mit seinem Vater in Streit, im Verlauf dessen der Sohn den Vater vor die Brust stieß, daß der Alte mit dem Kopfe auf die Erde stürzte und am anderen Morgen starb. Der Arzt stellte Eintritt des Todes durch Bluterguß ins Gehirn fest. Vor dem Kriegsgericht in Breslau war der Kanonier am Donnerstag angeklagt der Körperverletzung mit tödlichem Erfolg und wurde nach Antrag des Staatsanwalts zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Weil er nicht befehlen mochte. Der Dienstknecht Jakob Anginger von Unterschweindach hatte sich vor dem Landgerichte München II wegen einer Uebertretung der Dienstbotenordnung und wegen eines Vergehens wider die Reklamation zu verantworten. Die Anklage lautete dahin, daß Anginger als Dienstknecht am 31. März während der Arbeitszeit sechs und auch den Nachmittags, der ihm von seiner Dienstherrin zur Ablegung der Oberweichte freigegeben wurde, im Wirtshaus zubachte. Dabei äußerte er in Bezug auf die Weichte: „Die Kapuziner sind auch keine Herren, ich bringe nicht, ich bringe auf's Bechten.“ Einige in der Wirtschaft anwesende Gäste nahmen an dieser Äußerung natürlich Hergeris, sodas es bald zu Tätlichkeiten gekommen wäre. Das Landgericht München II verurteilte den Angeklagten lediglich wegen groben Unsinns zu 20 Mark und wegen des Brödens während der Arbeitszeit zu 10 Mk. Geldstrafe.

Aus Schlessen und Posen.

Womit man die Kompottschüssel der Arbeiter bis an den Rand füllt.

Von einem ausgegrenzten Arbeiter geht uns eine Zuschrift zu, aus der wir im wesentlichen das Folgende entnehmen: Schreiber ist von Beruf Schmied und jetzt 58 1/2 Jahre alt. In seiner letzten Stellung als Schlossmeister verarbeitete er 11 Jahre. Burehührende Kränklichkeit legte ihn den Schülern der geistlichen Beamten aus; die ihn unangenehm provozierten, zum Streit reizten, und als dies gelang, ihn im September 1901 aus dem Dienst jagten. Da der entlassene Schmied sich bei der schweren Arbeit in seinem Beruf einen rechtzeitigen Leistungsvermögen zugesprochen, außerdem aber seit 9 Jahren bereits an Magenkrankung litt und zweimal Magenoperationen bekommen hatte, war niemand geneigt, ihn in Dienst zu nehmen. Angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit raffte der kranke Mensch seine Ersparnisse zusammen, erwarb ein kleines Anwesen, auf das er noch 1800 Mk. Schulden blieb und richtete sich selbst eine beschriebene Werkstatt ein.

Aber das Fortschreiten der Magenkrankheit, zu der sich dann Dysenterie gesellte, ließ ihn ärztliche Hilfe suchen. Da Genesung nicht eintrat, beantragte er Invalidenrente vom 1. April 1903 ab. Nach in Dresden im Mai desselben Jahres erfolgter Untersuchung wurde ihm der Bescheid, daß er 1/2 Invalide sei und sich noch auf 200 Mk. verdienen könne. Da aber erklärt wurde, daß Rentent in Byrowa mit 200 Mk. leben und auskommen könne, erfolgte Ablehnung. Deshalb die rasch eingelegte Berufung an das Schiedsgericht. Dieses erfolgte freischützliche Untersuchung auch noch Plutonium infolge Unterernährung feststellte, wurde Zahlung einer Rente verweigert — im Namen des Königs. — Der Schmied ist jetzt seit 15 Wochen größtenteils bettlägerig. Seine herkömmliche Frau und sein schulpflichtiges Kind können zur Linderung der Not nichts beitragen. In guten Tagen gelingt noch eine dreistündige Arbeit, die höchstens 12 Hg. die Stunde einträgt. Das Augenlicht ist geschwächt. Der Arzt hat Bruchband und Pflaster verordnet, die natürlich nicht gekannt werden können. Bei 1,73 Meter Körperlänge wiegt der Unglückliche 100 Pfund! Er geht mit Weib und Kind in einem Langsamem, aber sicheren Hungerkote entgegen.

Wie haben den eigentlichen Schuldigen nicht viel hinzuzusetzen. Wenn das Volk statt des gewerkschaftigen Beamtenrats am Steuer ruder läßt, würde die sittliche Weltordnung der teleologischen Bevormundungsanstalt sich wohl einschreibende Korrekturen gefallen lassen müssen. Von Menschenrecht wasen!

Der Herr Minister ist da!

Der neue preussische Handelsminister v. Delbrück kehrt gegenwärtig den ostpreussischen Industriebezirk mit seinem Besuch, um die dortigen Ver- und Hüttenverhältnisse zu besichtigen. Bekanntlich bezieht sich der preussische Staat in diesem Bezirk mehrere große Bergwerke. Eine Probe von der Art und Weise dieser streng dienstlichen Besuchsreise gibt uns ein Bericht der „Kattowitzer Zeitung“, eines bekannten hiesigen und also höchst „gutgesinnten“ Blattes. Donnerstag Vormittag kam danach der Herr Minister per Automobil nach Zabrze, wo ihm ein Geheimrat Vortrag hielt über die ostpreussischen Verhältnisse und die ostpreussischen Verhältnisse. Der Herr Geheimrat muß wohl einen Trichter nach der berühmten Münchener Zeit im Verborgenen gehabt haben, denn sonst ist es nicht möglich, daß der neue Herr Minister durch einen vielleicht einmündigen Vortrag irgend Neuenwertes über die verhältnismäßig Verhältnisse des Industriebezirks und die besonderen der dortigen Staatswerke erfahren und vor allem behalten konnte. Dann ließ sich der Minister die Beamten der königlichen Berginspektion vorstellen. Und darauf heißt es im Bericht wörtlich weiter:

„Nachdem die Herren Grubenleiter einzeln hatten, führten sie nach dem Besuche der königlichen Inspektion, woselbst die Herr v. Delbrück in der Person des Herrn v. ... Nach Besichtigung der Förderung über Tage führten die Herren ein und besichtigten zunächst die Zentrifugenanlage, die Spirituskolonne und den Anbau eines Weilers. Nach der Aufsicht wurden die Beamten des Distrikts und die Vertrauensmänner der Arbeiter, D. N. vorgestellt. Mehrere der letzteren trugen dem Minister einige Wünsche der Bergarbeiter vor. Der Minister hörte diese wohl zu, ließ aber an, verbrach Prüfung der Witten und ermahnte die Arbeiter zur Fröhlichkeit, Fleiß und Gehorsam gegen die Vorgesetzten.“

Was wollen die Arbeiter noch mehr? Excellent haben „wohlwollend“ die Wünsche der Arbeiter angehört, versprochen freilich nicht Gewährung, wohl aber „Prüfung“ dieser Wünsche und wohl damit die Vertrauensmänner den auf Erfüllung ihrer Wünsche harrenden Kameraden wenigstens etwas mitbringen können, hielt er ihnen eine Rede, in der er sie wie ein Vater ermahnte, anfrieden, fleißig und gehorsam zu sein. Wenn die Arbeiter dieser Rahmung folgen, was brauchen sie dann überhaupt noch andere Wünsche, ein höheres Lohn, kürzere Arbeitszeit usw. erfüllt zu sehen? Dann wird ihnen die „wohlwollende Prüfung“ der Wünsche vollkommen genügen.

Welche Hoffnungen aus dieser Rede mögen betreiben, was ein preussischer Minister sich unmöglichen ostpreussischen Arbeitern gegenüber herausnehmen darf. Herr Delbrück sagte laut Bericht der „Prek. Ztg.“ z. a.:

„Die Kgl. Regierung sei stets bestrebt, die Gruben so zu verwalten, wie es im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter liege, und die Verwaltung so zu stellen, um die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Die Leitung der staatlichen Gruben habe aber auch ein Interesse, die Wünsche der Arbeiter zu hören. Würden sie von den Mitgliedern der Grubenausschüsse an leitender Stelle vorgebracht, dann würden sie auch so weit als möglich Berücksichtigung finden. Die Verwaltung müsse ein gerechter Arbeitgeber sein, und wolle, daß das bisherige gute Verhältnis weiter bestehe. Die Arbeiterschaft solle Vertrauen zu ihren Vorgesetzten haben, und auf freundliche Weise mit ihnen verkehren. Auf diese Weise könne man mehr erreichen, als durch Kampf und unangenehmliche Streitigkeiten.“

Da bei Ministerreden ebenso wie bei der Predigt in der Kirche eine Distanz nicht beliebt wird, hat der Minister die Wahrscheinlichkeit über die Bergarbeiterverhältnisse leider nicht hören können.

Ein schließliches Justiz-Giasto.

Im August 1904 erwiderte im Hannover „Volkswille“ eine Notiz über Samartier-Dienste. Die Notiz wurde auch für die „Görlicher Volkszeitung“ bearbeitet und erschien darin am 24sten August 1904. In Hannover wurde Genosse Leinert zu 8 und der angeblich beschimpfte und schlecht behandelte Leinert zu 3 und der vermeintlich hatte, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. In Dortmund mußte Genosse Friede sogar fünf Monate ins Gefängnis, weil unter dortiges Drama auch die Sache übernommen hatte. Man hätte denken können, daß das genügt. Aber die Staatsanwaltschaft in Gießen wollte gern auch noch einen Rekruten der „Görlicher Volkszeitung“ wegen der Sache bestrafen haben, während z. B. die Staatsanwaltschaft in Dresden und Breslau bis heute an der Notiz überhaupt nichts Strafbares erblickt hat. Mit der Verurteilung war es aber diesmal nicht, trotzdem man angeblich vorgegangen war, indem man die Genossen Riem, Müller und Wallfisch gemeinschaftlich anlegte. Wie war das möglich? Bereits in der vorletzten

belegten Verhandlung hatte Genosse Riem angegeben, daß er in der Woche, als jene Notiz erschien, sich in München auf dem Kratten-Isenring ausstellte. Das Gericht hielt dies durch Verlegung des Protokolls für erwiesen. Genosse Riem hatte seine Anträge nach München der Gesamtheit mitgeteilt. Es wurde bekannt, an seiner Stelle einen anderen Kollegen zur Vertretung des vollständigen Leibes der „Görlicher Volkszeitung“ zu veranlassen. Die Angeklagten nahen an, daß Genosse Dillweiß die zur Anklage stehende Notiz bearbeitet hat. Genosse Dillweiß bestritt dies als Reize, daß er der Verfasser war. Er konnte bereitwillig werden, da seit einem Jahr und vier Monaten die Sache gegen ihn bereits verhandelt ist. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung auf Grund des § 21 des Preßgesetzes, da Reklame, Verleger und Drucker straflos sind, wenn sie den Verfasser nennen und dieser sich im Deutschen Reich ausfindet. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Neue Kosaken-Freiheit!

Vor einigen Tagen suchte ein russischer Schmuggler Waren im Werte von über 100 Mark über die Grenze bei Skotnik, Kreis Steiermark, nach Rußland zu schaffen. Hierbei wurde er von einem russischen Grenzsolbaten abgefaßt. Der Schmuggler warf seinen Warenvorrat von sich und lief auf das preussische Gebiet zurück. Obgleich eine Anzahl Personen das ganze Schauspiel mit ansehen, setzte der russische Soldat dem Flüchtling zu Pferde nach. Sollte befehlte Gartenländer nicht und verfolgte ihn noch über 100 Meter auf preussischem Gebiet. Dann mußte dieser seine Verfolgung aufgeben, nachdem der Schmuggler in ein Einwohnerhaus geflüchtet war.

Die Grenzsolbaten werden sich an England wenden müssen, wenn sie vor weiteren Kosakenübergriffen geschützt sein wollen. Die deutsche Regierung ist nur mutig gegen — Soldatentotten und Herreros.

Einen Uebergriff der Grenzpolizei

meldet der „Mühlwitzer Anzeiger“ in folgendem: Eine Dame aus Kralau wurde gestern Mittag am Rollende am Bahnhof angehalten. Dieselbe führte eine große Anzahl polnischer Broschüren und Bücher mit sich. Nach ihren eigenen Angaben wollte sie die Broschüren nach Rußland bringen. Sie besaß in der Hand eine Broschüre, die sich um Schritten verboten oder aufreizenden Inhalts handelte. Die Broschüren wurden beschlagnahmt und die Dame bis zur Klärung der Sache in Haft genommen. Die Dame ist zu Unrecht verhaftet worden. Seit dem Märzberater Prozeß weiß jedermann, daß es erlaubt ist, russische Schriften, sogar solche, die in Rußland verboten sind, nach Rußland zu schmuggeln. Sollte das „amtlich“ in Myskowitz noch nicht bekannt sein?

Oslau, 22. Juni. Verurteilter Terroristenprozeß. Am 23. April hatte bei Gelegenheit des Maurer- und Zimmererstreiks in Peitzow der Zimmermann Karl Schaar den Zimmermann Gottlieb Grieger mit den Worten: „Weißt Du nicht, was Du zu tun hast?“ auf der Straße angeredet, worauf Grieger vom Hade gesprungen ist und geantwortet hat: „Ich weiß ja noch gar nicht, was gestern beschlossen worden ist, ich war gestern nicht in der Versammlung.“ In diesem harmlosen Vorgange glaubte der Amtsvorsteher von Peitzow die schreckliche Verbrechen des großen Unfalls erblicken zu sollen, das mit einer Geldstrafe von 5 deutschen Reichsmark geahndet werden sollte. Doch Schaar saßen die fünf Mark-Estrafe nicht so leger im Sack, er erhob Einspruch, und da vor dem Schöffengericht in Oslau Grieger als Zeuge ausbrüchlich erklärte, daß er von Schaar weder beleidigt noch belästigt worden sei, beantragte der Amtsanwalt selbst Freisprechung und das Gericht erkannte dementsprechend. Der Peitzowier Amtsvorsteher wird von diesem Giasto nicht sonderlich erant gewiesen sein.

Vries, 22. Juni. Grober Unfug und kein Ende. Das Schöffengericht bleibt nach wie vor bei seinem Schema. Gestern hat es wiederum drei Genossen wegen „groben Unfugs“ zu je 15 Mark Geldstrafe verurteilt, nur weil sie durch Boykottplakäts den arbeiterfeindlichen Saalbesitzern unbehagen geworden waren! Es wird hohe Zeit, daß das Landgericht hier einen Riegel vorschleibt!

— c. Schweidnitz, 21. Juni. Abgeblüht. Für die Einführung des Proportional-Wahlrechts zum hiesigen Gewerbegericht, welches bekanntlich von den hiesigen „Virtosen“ beantragt worden ist, leute sich in der letzten Stadtverordneten-Sitzung nun auch noch der „Mühlwitzer-Kreditor“ Typel ins Zeug. Dieser Herr hat auf einmal herausgefunden, daß dieses System vorzüglich sei — natürlich nur bei den Gewerbegerichten — und vertritt den Magistrat sowohl, als auch die Stadtverordneten dafür zu animieren. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Stadtrat Seibe, erwiderte kurz, daß er bestimmte Mittelungen nicht machen könne.

— Elektrizitätswerk. Die Stadtverordnetenbeschlüsse über die Errichtung eines Elektrizitätswerkes fangen an, greifbare Gestalt anzunehmen. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat sich bereit erklärt, den Bau, die Errichtung und den Betrieb desselben zu übernehmen.

— Vom Gewerbegericht. Der Formengießer Alois Sommer war von der Firma Krause (Krausfabrik hier), mit einem Wochensatz von 25 Mk. laut schriftlichem Vertrag engagiert worden. Als S. seine Stellung zur festgesetzten Stunde antreten wollte, verlangte der Firmeninhaber außer der geführten vorgeschriebenen Invalidekarte noch die Vorlegung eines Führungszeugnisses! S. war natürlich nicht in der Lage, diesem Verlangen nachzukommen. Da die Firma aber auf S. und dessen die Einstellung des S. inaktivität, wandte sich derselbe an das hiesige Gewerbegericht und verlangte die Firma wegen Vertragsbruches auf Schadensersatzung für 8 Tage in Höhe von 20 Mk. Vor Gericht machte der Vertreter der Firma geltend, daß die Forderung eines Führungszeugnisses sei das Gesetz nicht vorschreibe, „etwas ganz Selbstverständliches“ sei! Das Gericht machte dem Herrn jedoch klar, daß das Gesetz Selbstverständlichkeiten nicht kennt und verurteilte die Firma zur Zahlung der vollen Summe und zur Tragung von 1/2 der Kosten.

Tiegen, 21. Juni. Als Raupspinn zu einem Nordprozeß geklärt eine Anlage, die jetzt das hiesige Schwurgericht beschlagnahmt. Am 14. Oktober v. J. hatte der Arbeiter Gohmann in Nieder-Großhartmannsdorf, Kreis Bunzlau, seine Ehefrau erschossen, weil er sie im Verdacht hatte, daß sie ein Verhältnis mit dem Gutsherrn Richard Scholz habe. In der Schwurrichter-Verhandlung gegen Gohmann am 15. Januar sollte dann Scholz jehra unerlaubten Verkehr mit der getöteten Frau eiblich in Absche und Gohmann wurde unter Zustimmung mildernder Ankländer wegen Totschlags zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Festhaltung der Wags Bireck, welche behauptete, Scholz habe in jener Verhandlung falsch geschworen und sie ebenfalls zu einem Weibchen zu verurteilen gerichtet, wurde jetzt auch Scholz zur Untersuchung gezogen und vor das Schwurgericht gestellt. Scholz wurde aber nach effizienter Verhandlung von den beiden Anklagen freigesprochen und sofort aus der Untersuchungshaft entlassen.

Glogau, 21. Juni. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Maurer- und Zimmerergesellen von Glogau und Umgegend lauten nach dem letzten

Abkommen zwischen der Bauhandwerker-Znang und dem Gesellen-Ausschuß vom 28. Mai 1906 bis 1. Juni 1908:

Der Stundenlohn beträgt für einen Gesellen 88 Pfg.; für einen Junggesellen der Mindestlohn 80 Pfg. und zwar für die wirtlich geleistete Arbeitszeit.

Für jede geleistete Ueberstunde wird ein Zuschlag von 10 Pfg. für Sonntag- und Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 20 Pfg. der Stunde gezahlt.

Die Lohnzahlung erfolgt jeden Sonnabend kurz vor Feierabend. Bei voller gewöhnlicher Arbeitszeit wird Sonnabends eine Stunde früher Feierabend gemacht, welche Stunde mit bezahlt wird. In den Oster- und Pfingstsonntagen werden zwei Stunden vergütet. Ueberstunden und Nachtarbeit sind möglichst zu vermeiden und können nur in dringenden Fällen ausgesetzt werden. Arbeiter sind möglichst zu vermeiden.

Bentzen Oe., 22. Juni. Urtheil in der Sache a. l. Wegen Ungebühr vor Gericht wurde die Fleischereibesitzerin Frau Schick zu drei Tagen Haft verurteilt und sofort in Haft genommen. In einer Beschreibungsaklage hatte sie ihrer angebllichen Konkurrentin an Gerichtsstelle eine schallende Ohrfeige gegeben.

(Posen, 22. Juni. Eine Niederlage der Posener Stadterwaltung. Die Angelegenheit des Verkaufs des städtischen Grundstücks Breslaustraße 39 an den polnischen Stadtverordneten Anatomie hat nunmehr seine endgültige Entscheidung gefunden. Dem Verkaufer hatte seiner Zeit der Reichsausschuß die Veräußerung verweigert; auf die Beschwerde des Magistrats hat jetzt auch der Provinzialrat zu ungunsten des Magistrats entschieden. In der Begründung, die in der am Mittwoch stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, heißt es, daß einmal der vom Käufer gebotene Preis ein zu niedriger sei und daß ferner die gestellte Bedingung des Verkaufs einer Ueberführung der Biegenstraße aus fenerlicher Gründen als unzulässig bezeichnet werden müßte. Durch die Veräußerung der Grundstück habe die Stadt, wie ein Rechner ausführt, einen Schaden von etwa 100,000 Mk. erlitten. Die Angelegenheit ist deshalb von Interesse, weil der Verkauf, das Grundstück an Anatomie zu verkaufen, unzulässig; darauf erfolgte, als der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg die bestimmte Selbstverwaltungsgesetze im Posener Stadtverordnetenrat hielt eine Rede, in der er die Selbstverwaltung der Städte über alle vier und sich selbst als einziger Anhänger der Selbstverwaltung bekannte. Wie diese Selbstverwaltung in der Wirklichkeit aussieht, hat jetzt die Probe an's Germpel bewiesen.

— Straßendemonstrationen mit Fahnen und Musik haben volle acht Tage hindurch in den verschiedensten Stadtteilen Posens stattgefunden. Dieselben hatten oft, so namentlich am Sonntag auf dem Alten Markte, einen geradezu riesenhaften Umfang angenommen. Durch dieselben wurde der Verkehr in ganzen Straßenzügen aufgehoben und nicht nur geschmälert, sondern oft vollständig stillgelegt. Es waren dies Demonstrationen für die — katholische Kirche, die am Fronleichnam-Donnerstag ihren Anfang nahmen und bis zum letzten Donnerstag Tag für Tag wiederholt wurden. Die Polizeibehörde hat diesen Demonstrationen kein Hindernis in den Weg gestellt. Im Gegenteil!

— u. Schützen, den 21. Juni. Wohin soll das führen? Die am 18. Juni von den Tabakarbeitern einberufene öffentliche Versammlung, zu der die anderen Gewerkschaften geladen waren, war herzlich schlecht besucht. Haben denn alle schon vom Kampf und Dasein, worüber Genossin Langwitz referierte, so viel erfahren, daß sie in unverantwortlicher Kurzsichtigkeit den Besuch derartiger belehrenden Veranstaltungen glauben schwächen zu dürfen? Sind die Genossen wirklich bereits mit Wissen so überladen, daß sie nicht mehr nötig hätten zu lernen? Wir haben zur Zeit keinen Saal, müssen vielmehr mit kleinen Räumen stilles nehmen, aber wenigstens diese könnten mit Rechtigkeit überfüllt werden, wenn jeder mit Ernst an der Aufklärungsarbeit teilnehmen wollte. Beherzige jeder den Mahnruf: Wissen ist Macht! Jeder Stillstand ist Rückschritt! Vorwärts! hinein in die Versammlungen, denn Ihr Ende Tage begreifen lernen wollt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Mit Salzsäure vergiftet hat sich in Sahnau die Lübenstraße wohnende Frau Pauline Gerhardt, geb. Haberland. Sie soll die Tat aus Schwermut begangen haben. — Selbstmord beging in Peitzow in der den 60er Jahren stehende Gänsterud. Thomas. — Tot aufgefunden wurde der Knecht Wenz von Dominium Marzauische zwischen der Stationen Trachenberg und Gellensdorf. — Beim Baden im Mühlgraben in Sirkberg erkrankte der 19jährige Zimmermeister Meeres aus Herischdorf. — Großes Aufsehen erregt die plötzliche Zahlungs Einstellung des Bauhauers Hermann Cohn in Sirkberg. Der Fabrikant ist seit Dienstag verschwunden. — Am Güterbahnhof Landesgut verunfallte der Kupferschmied Gloger dadurch, daß er von seinem Wagen, dessen Pferde vor einem großen Kessel scheuten, herabgeschleudert und überfahren wurde. Er erlitt einen Bruch des rechten Schulterblattes und erhebliche Kontusionen am Kopfe. — Auf der Straße zwischen Kalkenbars-Oberstadt und Niederstadt wurde ein unbekannter älterer, anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann von einem Eisenbahnzuge überfahren und getötet. — Der Rangierer Mühl aus Waldau wurde auf Bahnhof Köhlfurt beim Rangieren zwischen der Güterboden-Rampe und einem abgestellten Wagen eingeklemmt und so schwer verletzt, daß er während der Ueberführung nach einer tödlichen Klinik verstarb. Er hinterläßt eine Frau und sechs kleine Kinder. — Das Schwurgericht Bries verurteilte den Bergmann Alfred Negro aus Görde wegen Beihilfe zum Münzverbrechen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust. — Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem großen Greizerplate in Gleiwitz. Infolge Wegens des Gürtelganges am Heiterde kürzte Oberst und Regimentskommandeur Hoff vom Infanterie-Regiment Nr. 22 in Gleiwitz so unglücklich, daß er einen Bruch des rechten Schenkel erlitt. — Zwei Menschenleben sind dem schweren Gewichte, das sich am Sonntag nach der Fronleichnamfeier über der Gemeinde Groß-Saugwitz entladen hatte, zum Opfer gefallen. — Der fährere Gemeindevorsteher Kompa stand mit seiner 18jährige Tochter am Fenster und sah dem Unwetter zu, als plötzlich ein fogenannter kalter Hitzestrahle in das Haus einschlug und Vater und Tochter auf der Stelle tötete. Die weiter zurückstehende Mutter wurde bedaubt; sie liegt noch jetzt krank darnieder, weil sie auch an den tiefen Brandwunden davongetragen hat. — Einen Akt brutaler Rohheit beging am 19. d. M. der Arbeiter Geirich Sieger in Sirkagan, Rogauer 8 wohnhaft. In der Gaststube des Gasthauses „zum Stern“, Grabenstraße hieselbst, befanden sich die Steinarbeiterinnen Bertha Jochmann und Deppa, beide von hier. Der dort als Gast anwesende Sieger mischte sich in deren Gespräch, was ihm mehrfach verboten wurde. Es kam daher zum Wortwechsel und zu Beleidigungen, und Sieger verließ das Lokal. Im Hausflur des Gasthauses lauerte er den Frauen auf, und als diese nachhause gehen wollten und die Jochmann die Tür öffnete, wurde sie sofort von Sieger angefallen und in das Gesicht geschlagen und mit dem Messer in den Kopf und die rechte Schulter getroffen, so daß sie hinüberströmte zusammenbrach. Die Verletzungen, welche Sieger der Frau Jochmann beigebracht hat, sind schwere, zumal eine Ueberverletzung stattgefunden hat. An Sieger, der schon mehrfach wegen Missethaten bestraft ist, wurde von den entsetzten Zeugen des Vorfalles Lynchjustiz geübt. — In der fährere Thielischen Hiesigkeit in Bries ereignete sich Donnerstag ein schwerer Unglücksfall. Die Arbeiterin Reinisch dom mit dem Walzen des Rehmes beschäftigt und geriet mit dem Fuß unter die Walze, welcher total zerquetscht wurde. In dem städtischen Krankenhaus wurde ihr der Fuß amputiert.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 24.25—24.75 Mk. Roggenmehl 21.75—22.25 Mk. Roggenmehl 21.75—22.25 Mk. Weizenmehl 21.75 bis 22.25 Mk. Weizenmehl 21.75—22.25 Mk.